



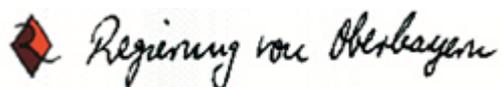
Bayerisches Landesamt für  
Umwelt



**Dialog zu Klimaschutz und Energiewende**

# **Energienutzungsplan und Energiekonzept**

**Stadthalle Erding, 19.11.2013**



Veranstaltungsdokumentation

UmweltSpezial

## Impressum

Energienutzungsplan und Energiekonzept  
(Dokumentation der Regionalveranstaltung für Oberbayern am 19.11.2013 in der Stadthalle Erding)

### Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)  
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160  
86179 Augsburg  
Tel.: 0821 9071-0  
Fax: 0821 9071-5556  
E-Mail: [poststelle@lfu.bayern.de](mailto:poststelle@lfu.bayern.de)  
Internet: [www.lfu.bayern.de](http://www.lfu.bayern.de)

### Text:

Ursula Ammermann, Sonja Epple, Brigitte Gans und Markus Weinkopf, citycom, Pfarrer-Grimm-Straße 2, 80999 München  
Vorträge der Referenten  
LfU, Referat 17, Annika Malewski

### Bearbeitung und Redaktion:

LfU, Referat 17

### Bildnachweis:

Bayerisches Landesamt für Umwelt

### Stand:

Februar 2014

Diese Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Sofern in dieser Druckschrift auf Internetangebote Dritter hingewiesen wird, sind wir für deren Inhalte nicht verantwortlich.

Für die Inhalte zu den Vorträgen und Erfahrungsberichten der Impulsgeber zeichnen die Autoren selbst verantwortlich. Die darin ausgedrückten Meinungen geben ausschließlich die Meinung des jeweiligen Autors wieder.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Veranstaltungsprogramm</b>	<b>7</b>
<b>3</b>	<b>Teilnehmerliste</b>	<b>8</b>
<b>4</b>	<b>Impressionen der Veranstaltung</b>	<b>10</b>
<b>5</b>	<b>Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept</b>	<b>11</b>
5.1	Energienutzungsplan	11
5.2	Energiekonzept	12
5.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede	12
<b>6</b>	<b>Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung</b>	<b>14</b>
6.1	Klaus Hecht	14
6.2	Zusammenfassung des Vortrags	15
<b>7</b>	<b>Vortrag: Energiekonzept &amp; Energienutzungsplan – eine Einführung</b>	<b>16</b>
7.1	Pablo Schindelmann	16
7.2	Zusammenfassung des Vortrags	16
<b>8</b>	<b>Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne</b>	<b>18</b>
8.1	Dr. Jürgen Busse	18
8.2	Zusammenfassung des Vortrags	18
<b>9</b>	<b>Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde Taufkirchen (Vils)</b>	<b>20</b>
9.1	Franz Hofstetter	20
9.2	Zusammenfassung des Vortrags	20
<b>10</b>	<b>Vortrag: Werkstattbericht Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) Achenal</b>	<b>23</b>
10.1	Wolfgang Wimmer	23
10.2	Zusammenfassung des Vortrags	23
<b>11</b>	<b>Ergebnisse der Thementische</b>	<b>27</b>
11.1	Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern	28
11.2	Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen	32
11.3	Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland	36
11.4	Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)	39

<b>12</b>	<b>Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte</b>	<b>43</b>
12.1	Dr. Peter Wunsch	43
12.2	Zusammenfassung des Vortrags	43
<b>13</b>	<b>Vortrag: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte</b>	<b>45</b>
13.1	Susanne Lehner	45
13.2	Zusammenfassung des Vortrags	46
<b>14</b>	<b>Resümee</b>	<b>48</b>

# 1 Einführung

Bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort haben die Kommunen eine Schlüsselfunktion. Unter anderem unterliegt ihnen die Planungshoheit und zum Teil auch die Energieversorgung vor Ort. Zusätzlich kommen ihnen Aufgaben der Koordinierung und Motivierung zu, um alle Beteiligten erfolgreich in den Prozess einzubinden. Steigende Energiepreise und mögliche künftige Versorgungssengpässe, der Klimawandel und viele weitere Aspekte machen ein möglichst zeitnahes Agieren notwendig.

Als Hilfe und Planungsgrundlage, damit Kommunen auf diesem Weg informierte Entscheidungen treffen können, dienen die beiden Instrumente Energienutzungsplan (ENP) und Energiekonzept (EK). Ausgangspunkt ist bei beiden eine Analyse von Ist-Daten und eine Ermittlung von Potenzialen sowohl für die Energieerzeugung als auch für mögliche Einsparungen des Energieverbrauchs im Gemeindegebiet. Darauf aufbauend kann die Kommune ihre Maßnahmen für Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und eine Umstellung auf regenerative Energieträger entwickeln und optimal aufeinander abstimmen. Trotz dieser Gemeinsamkeiten haben die beiden Förderinstrumente ENP und EK unterschiedliche Ausprägungen, beispielsweise in Bezug auf die Einbindung der Öffentlichkeit (bei dem EK stärker ausgeprägt) oder die Verortung von Daten (bei dem ENP stärker ausgeprägt).<sup>1</sup>

Mit einer Veranstaltungsreihe zum ENP und EK in allen bayerischen Regierungsbezirken wurde den Teilnehmern ein Forum zur Umsetzung von ENPs und EKs geboten. Zu der Zielgruppe zählten in erster Linie Verwaltungsmitarbeiter und politische Entscheidungsträger kleinerer Kommunen. Die Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den jeweiligen Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV durchgeführt. Als Kooperationspartner haben sich darüber hinaus das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag – beteiligt.

Die Regionalveranstaltung für Oberbayern wurde am 19.11.2013 in der Stadthalle Erding durchgeführt. Während der Begrüßung, die durch Vertreter der oberbayerischen Bezirksregierung, des Bayerischen Umweltministeriums und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV vorgenommen wurde, wurde bereits die herausragende Rolle der Kommunen bei der Energiewende betont. Im Laufe der Veranstaltung berichteten unter anderem im ENP und EK erfahrene Kommunen über die praktische Umsetzung. Der Kern der Veranstaltung war ein interaktiver Erfahrungsaustausch im Rahmen von sogenannten Thementischen. Der Tag wurde schließlich mit einem Überblick über die Ergebnisse der Thementischrunden sowie über die verschiedenen Förderaspekte abgerundet.

Hiermit stellen wir die Dokumentation der Regionalveranstaltung in Oberbayern allen Teilnehmern und Interessierten zur Verfügung. Zudem werden die Ergebnisse der sieben Regionalveranstaltungen in einer Gesamtdokumentation zusammengefasst und über den Bestellshop des Bayerischen Umweltministeriums ([www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de)) bis voraussichtlich Mitte März 2014 zum öffentlichen Download eingestellt.

---

<sup>1</sup> Ausführlicher wird dies in den Kapiteln 5, 6, 7 und 12 erläutert.

### **Energie-Atlas Bayern: „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“**

Unter dem Titel „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“ führte und führt das Bayerische Landesamt für Umwelt gemeinsam mit den Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV Veranstaltungen zu den Instrumenten „Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften“ (Frühjahr 2013) und „Energienutzungsplan und Energiekonzept“ (Herbst/Winter 2013) sowie „CO<sub>2</sub>-Bilanzierung“ (geplant für Ende 2014) jeweils in allen Regierungsbezirken durch.

Die Veranstaltungsreihen sind ein Projekt der Bayerischen Staatsregierung im Rahmen des Energie-Atlas Bayern ([www.energieatlas.bayern.de](http://www.energieatlas.bayern.de)), der zentralen Informationsplattform zur Umsetzung der Energiewende vor Ort und werden vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert. Weitere Kooperationspartner sind das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium mit der Obersten Baubehörde sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag.

Die Erkenntnisse aus den Veranstaltungen dienen dazu, konkrete Umsetzungshilfen für die bayerischen Kommunen zu entwickeln und im Energie-Atlas Bayern zur Verfügung zu stellen.

## 2 Veranstaltungsprogramm

<b>Moderation:</b> Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt Annika Malewski, Bayerisches Landesamt für Umwelt	
<b>09:00 Uhr</b>	<b>Begrüßung</b> Christoph Hillenbrand, Regierungspräsident von Oberbayern Ralph Annau, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Katharina Schuster, Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
09:15	<b>Energiekonzepte und Energienutzungspläne – eine Einführung</b> Klaus Hecht, Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben Pablo Schindermann, Bayerisches Landesamt für Umwelt
09:35	<b>Plädoyer des Bayerischen Gemeindetages für die Erstellung von Energiekonzepten und Energienutzungsplänen</b> Dr. Jürgen Busse, Direktor des Bayerischen Gemeindetages
09:45	<b>Werkstattberichte</b> Franz Hofstetter, 1. Bürgermeister, Gemeinde Taufkirchen (Vils) Wolfgang Wimmer, Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) Achenal
<b>10:25 – 10:45</b>	<b>Kaffeepause</b>
10:45	<b>Thementische, Runde 1 &amp; 2</b> - <b>A/C:</b> Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern - <b>B:</b> Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen - <b>D:</b> Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland - <b>E:</b> Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger/Unternehmen)
<b>12:15 – 13:15</b>	<b>Mittagspause</b>
13:15	<b>Fortführung der Thementische, Runde 3 &amp; 4</b> Themen siehe bitte Programm Vormittag
<b>14:50 – 15:10</b>	<b>Kaffeepause</b>
15:10	<b>Aspekte der Förderung</b> Dr. Peter Wunsch, Bayern Innovativ Susanne Lehner, Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern
15:40	<b>Kurzbericht der Thementische</b> Moderatoren der Thementische
16:00	<b>Resümee</b> Annika Malewski, Bayerisches Landesamt für Umwelt
16:15	<b>Ende des offiziellen Programms</b>

### 3 Teilnehmerliste

Name	Vorname	Kommune/Institution
1. Ammermann	Ursula	citycom
2. Andolfo	Franco	Landkreis Mühldorf am Inn
3. Annau	Ralph	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
4. Borgo	Rudolf	Gemeinde Wörth
5. Bratzdrum	Andreas	Landratsamt Berchtesgadener Land
6. Brautsch	Markus	Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden
7. Brodmerkel	Frank	Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation
8. Buchberger	Frank	Gemeinde Wielenbach
9. Buchta	Katja	Freies EnergieForum
10. Busse	Jürgen	Bayerischer Gemeindetag
11. Diepold	Florian	Technologie Campus Freyung
12. Dingl	Toni	Stadt Altötting
13. Dingl	Toninho	Stadt Altötting
14. Dirr	Andreas	Gemeinde Hitzhofen
15. Epple	Sonja	citycom
16. Fuchs	Anita	Stadtrat Bad Aibling
17. Gallmüller-Hauber	Ilona	Große Kreisstadt Erding
18. Gans	Brigitte	citycom
19. Garbe	Katharina	Institut für Systemische Energieberatung GmbH an der Hochschule Landshut
20. Georg	Reiner	Marktgemeinde Isen
21. Gröbmayer	Hans	Landratsamt Ebersberg
22. Hatt	Karin	Große Kreisstadt Erding
23. Hecht	Klaus	Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben
24. Hehn	Nina	Klimakom eG
25. Heimgartner	Anna	Markt Bruckmühl
26. Heinritzi	Franz X.	Markt Bruckmühl
27. Hiermeier	Helmut	Stadt Tittmoning
28. Hillenbrand	Christoph	Regierung von Oberbayern
29. Hofstetter	Franz	Gemeinde Taufkirchen/Vils
30. Jermar	Milan	Gemeinde Neuried
31. Joneck	Michael	Bayerisches Landesamt für Umwelt
32. Jörg	Simon	Bayerische Verwaltungsschule
33. Kaminski	Sabine	Regierung von Oberbayern
34. Kapfenberger	Lothar	Gemeinde Unterföhring
35. Karl	Lukas	Landratsamt Altötting, Energie- und Klimaschutz
36. Keller	Peter	Green City Energy AG
37. Kellner	Hans-Jürgen	Gemeinde Fridolfing
38. Kerscher	Thomas	Gemeinde Wang
39. Kloo	Peter	Stadt Kolbermoor
40. König	Michael	K.GREENTECH
41. Kral	Mathias	Gemeinde Alling

42.	Kreller	Thomas	Gemeinde Gerolsbach
43.	Kressirer	Max	Gemeinde Finsing
44.	Lang	Lukas	Landratsamt Altötting
45.	Lehner	Susanne	Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern
46.	Link	Katharina	K.GREENTECH
47.	Mahrla	Madeline	K.GREENTECH
48.	Malewski	Annika	Bayerisches Landesamt für Umwelt
49.	Meier-Gutwill	Mario	Umweltamt Ingolstadt
50.	Menzel	Kathrin	Gemeinde Hohenbrunn
51.	Metz	Beate	Stadt Freising
52.	Meyer	Tim	Pöyry Deutschland
53.	Moosrainer	Christian	Gemeinde Aschau bei Chiemgau
54.	Ostermeier	Angelika	Gemeinde Bodenkirchen
55.	Perzl	Michael	Landratsamt Erding
56.	Pitterle	Klaus	Gemeinde Feldkirchen
57.	Pletl	Michael	Gemeinde Eichenau
58.	Putz	Andreas	Große Kreisstadt Erding
59.	Roß	Andreas	Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen
60.	Sander	Ruth	Gemeinde Hohenbrunn
61.	Schalk	Stefan	Gemeinde Mettenheim
62.	Schiebel	Christian	Regierung von Oberbayern
63.	Schindelmann	Pablo	Bayerisches Landesamt für Umwelt
64.	Schmid	Karin	Gemeinde Eichenau
65.	Schürenberg	Ulla	Regierung von Oberbayern
66.	Schuster	Katharina	Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
67.	Schwarz	Herbert	Landratsamt Starnberg
68.	Schweiger	Bernhard	Gemeinde Feldkirchen-Westerham
69.	Seeholzer	Birgit	Landratsamt Traunstein
70.	Standfest	Renate	Kreisrätin Landsberg/Lech
71.	Strobel	Walter	Gemeinde Taufkirchen bei München
72.	Struwe	Gernot	Gemeinde Gauting
73.	Tögel	Martina	Bayerisches Landesamt für Umwelt
74.	Tzscheuschler	Peter	Technische Universität München
75.	Weinkopf	Markus	citycom
76.	Weyerer	Werner	Gemeinde Aschau bei Chiemgau
77.	Wiesmaier	Johann	Gemeinde Fraunberg
78.	Wildenauer	Paul Martin	Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen
79.	Wimmer	Ottmar	Gemeinde Ampfing
80.	Wimmer	Wolfgang	ILE Achental
81.	Wölfel	Torsten	Bayerisches Landesamt für Umwelt
82.	Wunsch	Peter	Bayern Innovativ
83.	Zott	Hans	Landkreis Traunstein

## 4 Impressionen der Veranstaltung



Abb. 1: Christoph Hillenbrand (Regierungspräsident von Oberbayern), Ralph Annau (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) und Dr. Katharina Schuster (Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV) begrüßten die Teilnehmer.



Abb. 2: Ein Blick in das Plenum während der Einführungsvorträge.



Abb. 3: An den Thementischen konnten die Teilnehmer Erfahrungen zum ENP und EK austauschen.



Abb. 4: Auch während der Pausen gab es die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.

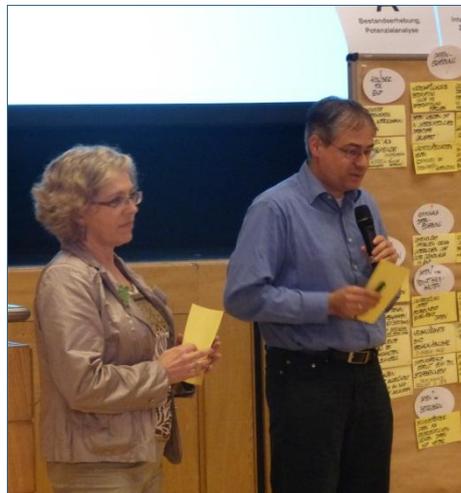


Abb. 5: Die prägnantesten Ergebnisse der Thementischrunden wurden am Nachmittag im Plenum vorgestellt.



## 5 Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept

### 5.1 Energienutzungsplan

Ein Energienutzungsplan (ENP) ist ein strategisches Planungsinstrument für den Energiebereich, vergleichbar dem Flächennutzungsplan im Bereich der Raumplanung. Er gibt einen Überblick über die bestehende Energieinfrastruktur, die momentane sowie zukünftige Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation sowie über die Potenziale für erneuerbare Energien in der Gemeinde in Form von Karten. Der ENP bildet somit die Basis, um Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger aufeinander abzustimmen.

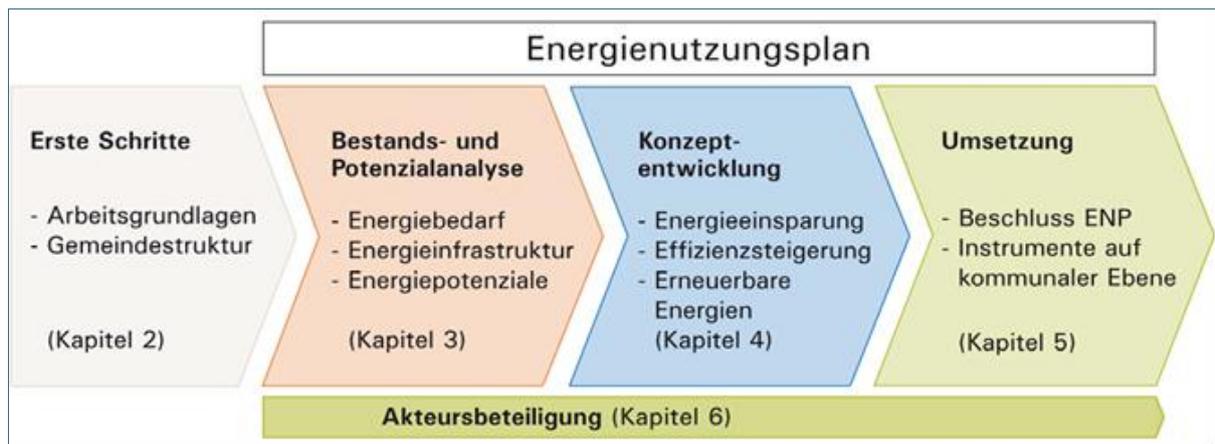


Abb. 6: Phasen bei der Erstellung eines ENPs.<sup>2</sup>

Der Ausgangspunkt eines ENPs wird durch die Bestands- und Potenzialanalyse gebildet, wobei der Energiebedarf, die Energieinfrastruktur und die Energiepotenziale einer Region einbezogen werden. Auf Basis dieser Analyse erfolgt die Entwicklung von Konzepten zur Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Das Ergebnis eines ENPs wird durch das Gesamtkonzept in Form von Karten und erläuternden Texten gebildet. Somit wird das Finden von optimalen Lösungen für die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde erleichtert.

Die Erstellung eines ENPs wird durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert. Förderfähig sind die Kosten der Studie (Kosten für Planung, Durchführung und öffentlichkeitswirksame Präsentation der Studienergebnisse, z. B. in einer Bürgerversammlung), wobei der Fördersatz bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften beträgt.

Weitere Informationen erhalten Sie u.a. in dem „Leitfaden Energienutzungsplan“<sup>2</sup> und dem Energieatlas Bayern<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG), Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT), Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (OBB): Leitfaden zur Erstellung eines Energienutzungsplanes.  
[http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug\\_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC\(BILDxKEY:stmuug\\_klima\\_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF\)=Z](http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC(BILDxKEY:stmuug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF)=Z)

<sup>3</sup> [www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html](http://www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html)

## 5.2 Energiekonzept

Die Erarbeitung eines Energiekonzeptes (EKs) kann sowohl im Rahmen einer Dorferneuerung, eines Gemeindeentwicklungsprozesses oder in der Integrierten Ländlichen Entwicklung gefördert werden. EKs sind daher immer Teil eines umfassenderen Entwicklungsprozesses in den ländlich strukturierten Gemeinden. Gerade die Energiewende bietet vielfältige neue Chancen für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums, insbesondere zur zusätzlichen Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen; diese Chancen gilt es in der Ländlichen Entwicklung zu nutzen. Die EKs haben deshalb Querbezüge zu anderen Themenfeldern der gemeindlichen Entwicklung, beispielsweise zu:

- Landnutzung und Kulturlandschaftsentwicklung: Der Ausbau der erneuerbaren Energien verändert Landnutzungen, hat Auswirkungen auf die Agrarstruktur und benötigt entsprechendes Flächenmanagement.
- Innenentwicklung: Der Ausbau von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit der Dorferneuerung führt nicht nur bautechnisch zu Synergien, sondern kann auch konzeptionell in die Entwicklung eines Dorfes oder einer Gemeinde integriert werden (v. a. auch im Hinblick auf die jeweilige demografische Entwicklung).

Eine Stärke der Ländlichen Entwicklung ist seit jeher ihre Umsetzungsorientierung. Die Hilfen bei der Umsetzung von EKs umfassen insbesondere:

- Beratung und Prozessmanagement,
- Flächenbereitstellung im Rahmen der Bodenordnung,
- Erschließung,
- Koordination von Baumaßnahmen sowie
- finanzielle Förderung.

Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der EKs ist die intensive Einbindung der Menschen. Die bewährten Methoden der Bürgerbeteiligung in der Dorferneuerung und der Gemeindeentwicklung bieten die Grundlage dafür, dass Gemeinden, Bürger, alle Wirtschaftsbeteiligten und ganz besonders die Landwirte gemeinsam Visionen und Leitbilder, aber auch ganz konkrete Ziele und Maßnahmenkonzepte erarbeiten können. Dies trägt auch ganz erheblich zur Verbesserung der Akzeptanz bei.

Bürgerbeteiligung im Rahmen eines EKs heißt aber auch, die Menschen vor Ort in die Lage zu versetzen, bei der Erschließung des lokalen Energiepotenzials selbstbestimmt und aktiv mitwirken zu können. Im Rahmen der Erstellung und Umsetzung wird deshalb versucht, Strukturen der Selbsthilfe auf den Weg zu bringen (Bürgerenergiegesellschaften). Sie befähigen handlungs- und investitionsbereite Menschen in den ländlichen Räumen dazu, die örtlichen Energiepotenziale zu sichern und sie gemeinschaftlich auszuschöpfen.

Insgesamt gesehen beinhalten EKs im Rahmen der Ländlichen Entwicklung nicht nur einen fachlich-planerischen Teil, sondern sind bürger- und umsetzungsorientiert auf die Gesamtentwicklung von ländlichen Gemeinden ausgerichtet.

## 5.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Grundsätzlich sind die Phasen des Vorgehens bei dem ENP und EK gleich, die Beweggründe für die Schaffung von Planungsgrundlagen auf der örtlichen Ebene sind jedoch vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt. In dieser unterschiedlichen Ausprägung ist teilweise begründet, dass verschiedene Planungsinstrumente genutzt werden. Diese sind neben dem ENP und dem EK auch das Integrierte Kli-

maschutzkonzept nach der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums. Letzteres wird in dieser Veranstaltung nicht weiter thematisiert.

### **Abgrenzungsmerkmale zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:**

- Bei dem EK ist die Einbindung der örtlichen Akteure von Anfang an ein fester Bestandteil. Bei dem ENP ist dies nicht verpflichtend, wird aber empfohlen.
- Bei dem EK wird insbesondere das Ziel verfolgt, prozessbegleitend konkrete Maßnahmen und Projekte auf den Weg zu bringen. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden und für identifizierte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gegeben werden. Diese bilden dann die Grundlagen für weitere Fachplanungen.
- Ein explizites Ziel des EKs ist zudem, die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu steigern. Dabei wird die Beteiligung der Bürger an Energieerzeugungsanlagen (z. B. Bürgerenergiegenossenschaften) befürwortet.
- Die Verortung von Energieinfrastruktur und Energiepotenzialen wird insbesondere bei dem ENP vorgenommen. Daher ist der Stellenwert räumlich aufgelöster Daten bei dem ENP deutlich höher.
- Eine Förderung für den ENP kann jede Kommune beantragen. Für die Förderung für das EK der Ländlichen Entwicklung ist zukünftig erforderlich, dass ein Zusammenhang mit einem Vorhaben der Ländlichen Entwicklung gegeben ist.
- Bei dem EK der Ländlichen Entwicklung wird die Kommune prozessbegleitend durch das Amt für Ländliche Entwicklung bzw. eine beauftragte Stelle unterstützt.

### **Gemeinsamkeiten zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:**

- Beide Instrumente sind grundsätzlich so angelegt, dass die interkommunale Kooperation gewünscht und gefördert wird.
- Bei beiden Instrumenten muss sich die Kommune im Vorfeld bewusst werden, welches Wissen in der Kommunalverwaltung genutzt und aufgebaut werden soll und welche freien Kapazitäten bei dem Personal dafür zur Verfügung stehen (müssen).
- Die Kommune muss sich frühzeitig bewusst werden, welche Datengüte für sie erforderlich ist, damit am Ende die Ergebnisse auch belastbar für weitere Planungen, Projektbeschlüsse etc. sind.

Bei beiden Instrumenten sollte die Kommune darauf achten, dass ein für sie zeitlich und finanziell leistbarer Aufwand betrieben wird und dass die Fortschreibung der erhobenen Daten künftig auch durch die Verwaltung leistbar ist.

## 6 Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung

### 6.1 Klaus Hecht



Koordination der Fachberater an den Ämtern für Ländliche Entwicklung

Bereich Zentrale Aufgaben  
Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung  
Sachgebiet Landespflege und Landnutzung  
Infanteriestraße 1  
80797 München

089 1213-1542  
klaus.hecht@bza.bayern.de  
www.landentwicklung.bayern.de

#### Die Erstellung eines EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

- Systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe
- Bündelung der bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte im Energiebereich
- Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz
- Generierung von Wertschöpfung (Gründung von Bürgerenergiegesellschaften)
- Versorgungssicherheit, Wertschöpfung Klimaschutz und Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Das EK soll folgende Kernelemente beinhalten und möglichst ganzheitlich und umsetzungsorientiert erarbeitet werden:

- Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse
- Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung
- Flächenmanagement
- Querbezug zur gemeindlichen und übergemeindlichen Gesamtentwicklung (Landnutzung und Innenentwicklung)
- Aufzeigen von Fördermitteln
- Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung

Die Bürger sollten bei der Erstellung eines EKs von Beginn an eingebunden werden, dies schafft Akzeptanz und Vertrauen.

## 6.2 Zusammenfassung des Vortrags

### Auftrag der Ländlichen Entwicklung

Als Auftrag der Ländlichen Entwicklung wird gesehen, den ländlichen Raum zu entwickeln, einen vitalen ländlichen Raum zu bewahren und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den Städten und auf dem Land zu sichern. Die Gemeinden, Bürger, Landwirte und Wirtschaftsbeteiligte werden somit durch die folgenden Instrumente unterstützt:

- Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)
- Dorferneuerung
- Flurneuordnung

Es werden übergemeindliche Allianzen zum Aufbau von Netzwerken, zur Lösung gemeindeübergreifender Herausforderungen und zur Erhöhung der Wertschöpfung in der Region gefördert und begleitet.

### Warum engagiert sich die Ländliche Entwicklung in der Energiewende?

In vielen Projekten der ländlichen Entwicklung spielt Energie eine wichtige Rolle und auch die Bürger benötigen Unterstützung. Der ländliche Raum bietet die wesentlichen Flächenpotenziale für die Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen, sei es aus Biomasse oder über Wasserkraft, Wind- und Solaranlagen. Daher wird ihm bei der Energiewende eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Die Energiewende bietet somit vielfältige Chancen für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung und die Entwicklung des ländlichen Raums:

- Möglichkeiten für neue oder erhöhte Wertschöpfung
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Chancen für die Landwirtschaft

Die Energiewende benötigt eine aktive Steuerung durch die Kommunen. Aus diesem Grund begleitet die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in ihren Projekten ländliche Gemeinden und deren Bürger bei der Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen EKs.



Abb. 7: Klaus Hecht während des Vortrags.

### Förderung der EKs

EKs sind im Rahmen der Aktion „100 Energieneutrale Gemeinden“ für ländlich strukturierte Gemeinden mit 75 % förderfähig, maximal jedoch mit 30.000 €. Diese Aktion ist zwar mittlerweile abgeschlossen, aber auch jetzt können noch EKs für Gemeinden und Gemeindezusammenschlüsse gefördert werden. Eine Voraussetzung für die Antragstellung ist allerdings, dass die Gemeinden sich bereits in einem Verfahren der Ländlichen Entwicklung befinden (z. B. Dorferneuerung).

### Inhalte von EKs

Es werden Analysen der Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse sowie Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung durchgeführt. Darauf aufbauend erfolgt eine Konzeptentwicklung in den Bereichen Energiegewinnung, Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Ein wichtiger Aspekt ist die intensive Einbindung der Bürger von Beginn an, denn dies erhöht die Akzeptanz und schafft Vertrauen. Ein weiteres wichtiges Merkmal von EKs ist die Umsetzungsorientierung, sodass letztendlich auf ein Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung hingearbeitet

tet wird. Im Zuge dessen sollen auch die Fördermittel optimiert und die zur Verfügung stehenden Flächen sinnvoll gemanagt werden.

### **Vorteile für die Gemeinden**

Die Erstellung eines EKs ist ein systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung und dient als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe. Die bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte werden gebündelt und es ergeben sich zudem Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Durch das EK wird die Generierung von Wertschöpfung gefördert, z. B. durch die Gründung von Bürgerenergiegesellschaften. Weitere ausschlaggebende Vorteile sind die Erhaltung der Versorgungssicherheit und der Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor.

## **7 Vortrag: Energiekonzept & Energienutzungsplan – eine Einführung**

### **7.1 Pablo Schindelmann**



Bayerisches Landesamt für Umwelt  
Ref. 17: Klimawandel, kommunaler Umweltschutz  
Hans-Högn-Str. 12  
95030 Hof

09281 1800-4682  
pablo.schindelmann@lfu.bayern.de  
www.lfu.bayern.de

#### **Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**

Die Gemeinde gewinnt Einblick in die Energieverteilung und -nutzung vor Ort.

Auf dieser Informationsgrundlage kann sie prüfen, wie sie für sich die kommunale Daseinsvorsorge versteht und in welchen Bereichen sie sich bei den Themen Energie und Klimaschutz engagieren will.

#### **Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Die Gemeinde sollte sich im Vorfeld bewusst werden, welche Zielsetzungen sie kurz-, mittel- und langfristig verfolgt und in welchen Rollen (Planer, Berater, Vorbild, Motivator, ...) sie aktiv werden will und personell auch werden kann.

### **7.2 Zusammenfassung des Vortrags**

Die Kommunalverwaltungen sind in den letzten Jahren beim Klimaschutz stark gefordert worden. So gilt es, die Erfordernisse aus überörtlichen Planungsprozessen und Vorgaben der Bundes- und Landespolitik zu beachten und andererseits die konkreten Maßnahmen auf der örtlichen Ebene zu koordinieren. Dies erfordert von den Kommunalverwaltungen, dass sie einerseits die Situation in der Gemeinde mit aggregierten Daten beschreiben und andererseits auf räumlich hochauflösende, detaillierte Informationen zugreifen kann. Zudem steigt der Stellenwert der interkommunalen Abstimmung und der Öffentlichkeitsbeteiligung. Je nachdem, auf welcher planerischen Ebene die Kommune gefordert

ist, ist festzulegen, mit welcher Datengüte gearbeitet werden soll, d.h. auf einem eher aggregierten oder einem eher detaillierten Niveau.

Um trotz dieser Herausforderungen effektiven Klimaschutz betreiben zu können und zudem weitere Ziele, wie z. B. die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, verfolgen zu können, gibt es für Kommunen verschiedene Förderinstrumente:

- Der ENP mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.
- Das EK mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
- Das Klimaschutzkonzept (KSK) mit Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der grobe Ablauf ist bei allen drei Instrumenten vergleichbar. Nach einer Bestands- und Potenzialanalyse erfolgt eine Konzeptentwicklung, aus der dann Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Dennoch sind im Einzelnen Unterschiede feststellbar. Bei dem ENP ist der Einbezug der Öffentlichkeit im Sinne einer Akteursbeteiligung zwar gewünscht, die Kosten sind allerdings nur in einem begrenzten Rahmen förderfähig. Im Gegensatz dazu ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit bei dem EK und dem KSK ein integraler Bestandteil und wird somit auch stärker gefördert. Eine weitere Besonderheit des EKs ist, dass die Umsetzungsorientierung und der Wunsch, die Umsetzung durch die Akteure voranzubringen, sehr ausgeprägt sind. Bei dem KSK ist zu erwähnen, dass hier auch Daten zu Verkehr und Konsum mit einbezogen werden.

Auch bei den Ergebnissen werden unterschiedliche Akzente gesetzt. Bei dem ENP erhalten Wirtschaftlichkeitsaussagen einen sehr hohen Stellenwert, sodass strategische Entscheidungen zur zukünftigen Energienutzungsplanung getroffen werden können. Ein Hauptziel des EKs ist es, bereits durch die Umsetzung konkreter Projekte die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und den ländlichen Raum zu stärken. Bei dem KSK wird zudem eine kommunale CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellt und ein Monitoring-System aufgebaut, um den Klimaschutz in der Kommune zu verankern.

Tendenziell lässt sich sagen, dass sowohl der ENP als auch das KSK eher auf der strategischen, das EK eher auf der operativen Handlungsebene hilfreich sind. Bei der Wahl des für die Kommune sinnvollsten Instrumentes sollte sie sich im Klaren sein, welche Rolle sie einnehmen will. Will sie eher individuelle Maßnahmen fördern, also z. B. Hausbesitzer informieren, dass sie bestimmte Dinge tun? Oder will sie eher Maßnahmen im Verbund ergreifen und die Energieversorgung und Netzstrukturen in die eigene Hand nehmen? Bei letzterem erhält die räumliche Verortung von Daten einen hohen Stellenwert, die eine Besonderheit des ENPs ist. Hier werden ausgehend von Bestandskarten mit z. B. siedlungsstrukturellen Merkmalen Wärmebedarfsdichtekarten erstellt, die nicht nur den Ist-Zustand, sondern auch Zukunftsszenarien abbilden. Damit werden Karten der Infrastruktur verschnitten und auch die Potenziale für erneuerbare Energien dargestellt. Auf dieser Grundlage kann auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelt werden, welche Konzepte in welcher räumlichen Konstellation Sinn machen.

Aus unserer Sicht werden die Themen Energiewende und Klimaschutz die Kommunen noch einige Zeit begleiten und es ist daher wichtig, dass kommunale Verwaltungen ihr Wissen in den eigenen Reihen auf- und ausbauen. Wir raten zudem zu einem gewissen Pragmatismus: Legen Sie möglichst



Abb. 8: Pablo Schindelmann während des Vortrags.

zu Beginn fest, was Sie mit dem ENP/EK bezwecken wollen und welche Datengenauigkeit dafür vonnöten ist. Ermitteln Sie dann, wieviel Energie und Arbeitskapazitäten Sie aufbringen können und prüfen Sie, ob damit für Ihre weiteren Überlegungen eine belastbare Grundlage geschaffen wird.

Aus diesem Grund unser Appell: Beschäftigen Sie sich im Vorfeld intensiv mit den Instrumenten und schielen Sie nicht nur auf die Förderung. Es ist ein bewiesenes Beratungsdilemma, dass es unnötig Geld kostet, wenn nicht klar ist, wer den Untersuchungsrahmen absteckt: Die beauftragende Kommune, oder der Auftragnehmer. Es empfiehlt sich daher auch, sich für die Erstellung des Leistungsverzeichnisses externe Unterstützung zu suchen, insbesondere die Fördermittelberatungsstellen mit möglichst detaillierten Fragen zu kontaktieren.

## 8 Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne

### 8.1 Dr. Jürgen Busse



Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
Bayerischer Gemeindetag  
Dreschstraße 8  
80805 München

089/360009-1  
juergen.busse@bay-gemeindetag.de  
www.bay-gemeindetag.de

### 8.2 Zusammenfassung des Vortrags

Während in Warschau ein weltweites Klimaschutzkonzept diskutiert wird und auf Bundesebene die Eckpunkte zur Energiepolitik neu bestimmt werden, veranstaltet das Bayerische Landesamt für Umwelt bayernweit hervorragende Veranstaltungen zu ENPs und EKs. Dabei werden nicht nur die Grundlagen theoretisch dargestellt, sondern die Kümmerer vor Ort berichten über ihre Erfahrungen bei der Bestandserhebung, der Konzeptentwicklung und der interkommunalen Kooperation. Berücksichtigt man, dass es bei den 2.056 Gemeinden in Bayern derzeit nur 160 Energienutzungspläne gibt, so zeigt dies den Handlungsbedarf anschaulich auf. Aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags sollte es möglich sein, die unterschiedlichen Ansätze der Klimaschutzkonzepte und der ENPs zusammen zu führen. Dreiviertel der bayerischen Gemeinden haben weniger als 5.000 Einwohner. Hier lohnt es sich, interkommunale Klimaschutzkonzepte zu entwickeln, mit welchen vor Ort Aussagen zum Klimaschutz und eine konkrete Energienutzungsplanung umgesetzt werden.

Eine stärkere Akzeptanz wird die Energienutzungsplanung in den Gemeinden dann gewinnen können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Hier besteht ein erheblicher Handlungsbedarf. Die hohe Zustimmung der Bürgerschaft für die Energiewende ist durch die monatelangen Diskussionen über die Höhe des Strompreises erheblich gesunken. Aufgrund der Blockade zwischen Bundesregierung und Bundesrat vor den Bundestagswahlen war es nicht möglich, ein neues Gesetz über die erneuerbaren Energien zu verabschieden, sodass die Strompreisspirale stetig anstieg. Für die Förderung der erneuerbaren Energien werden im Jahr 2014 23 Mrd. Euro zu veranschlagen sein. Dabei ist zu berücksichtigen,

sichtigen, dass wegen der 20jährigen Förderdauer diese Summe ein Zwanzigstel der Fördermittel für Photovoltaik und Windkraftanlagen darstellt.

Zudem steht in Bayern die Windkraft in der Diskussion. Neben der Unsicherheit über die Förderhöhe sind die geplanten bayerischen Vorgaben zu der Abstandsfläche bei Windkraftanlagen auch ein Signal, dass der Ausbau nicht erwünscht ist.

Wenn die Energiewende in den bayerischen Gemeinden umgesetzt werden soll, so brauchen wir positive Signale von Europa, von Berlin und von München, dass nicht nur die großen Ziele, sondern auch die einzelnen Maßnahmen zur Realisierung dieser Ziele unterstützt werden. Dabei beunruhigt die Aussage von EU Kommissar Günter Öttinger, dass eine staatliche Förderung von Gaskraftwerken eine unzulässige Beihilfe nach europäischem Recht darstellen kann.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass mit den Koalitionsvereinbarungen jetzt im Rahmen der Energieeffizienz die steuerliche Begünstigung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden eingeführt werden soll. Insofern muss sich die Bundesrepublik Deutschland auf schwierige Gespräche in Brüssel gefasst machen.

Welche Vorgaben für die Energiewende sind also notwendig? Bei einer Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung im November 2013 hat Prof. Dr. Klaus Töpfer folgende fünf Eckpunkte formuliert.

- Notwendig ist ein Masterplan. Es kann nicht sein, dass 16 Bundesländer jeweils eigenständig eine Energiewende planen und umsetzen.
- Die EEG-Novelle eilt. Mit einem neuen Marktdesign kann der Anstieg der Strompreise gestoppt werden. Dabei ist auch daran zu denken, die Strompreise „festzuschreiben“ und die EEG-Förderung über einen gesonderten Finanzierungsfonds sicherzustellen.
- Die Förderung von Gaskraftwerken muss stattfinden, um die Grundlast zu sichern.
- Damit durch das Abschalten der Kernkraftwerke keine Versorgungslücke entsteht, die durch Braun- und Steinkohle abgedeckt werden muss, sind mit den europäischen Nachbarländern bilaterale Verträge abzuschließen.
- Maßnahmen der Energieeffizienz haben bei der künftigen Umsetzung der Energiewende erste Priorität.

Der Bayerische Gemeindetag sieht es als sinnvoll an, auf kommunaler Ebene Konzepte für den Klimaschutz und für den Energieverbrauch zu erstellen. Er hat hierzu ein Kooperationsmodell mit der Universität Amberg-Weiden und den Energieversorgern ins Leben gerufen. Ziel ist es, mit der Wissenschaft qualitativ hochwertige ENPs zu erarbeiten, für die die Energieversorger das notwendige Datenmaterial den Gemeinden zur Verfügung stellen. In ganz Bayern wirbt der Gemeindetag auf seinen Kreisverbandsversammlungen für diese Konzepte.



Abb. 9: Dr. Jürgen Busse während des Vortrags.

## 9 Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde Taufkirchen (Vils)

### 9.1 Franz Hofstetter



1. Bürgermeister  
Gemeinde Taufkirchen (Vils)  
Rathausplatz 1  
84416 Taufkirchen (Vils)

08084 3710  
hofstetter@taufkirchen.de  
www.taufkirchen.de

#### **Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**

Der ENP gibt den Anstoß, mit unseren Ressourcen sparsam umzugehen, vorhandene Energiepotenziale zu nutzen und damit den Energiebedarf in einem erheblichen Umfang durch eine umweltschonende Versorgung zu decken.

#### **Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Die Versorgung mit Fernwärme ist ökologisch sinnvoll, aber nicht in allen Gebieten wirtschaftlich vertretbar. Man sollte sich deshalb vorwiegend auf die Bereiche konzentrieren, wo der ENP eine hohe Wärmeabnahmedichte aufweist.

### 9.2 Zusammenfassung des Vortrags

Die Gemeinde Taufkirchen (Vils) liegt in dem oberbayerischen Landkreis Erding. Sie zählt über 9.000 Einwohner und hat eine Fläche von etwa 70 km<sup>2</sup>.

#### **Grundsatzbeschluss des Gemeinderates**

Ein wichtiges Instrument, um die gesteckten Umweltziele zu erreichen, ist ein effizientes kommunales Energiemanagement. Die Klimaproblematik, die dringend notwendige Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sowie die erheblich gestiegenen Rohstoffpreise erfordern hier ein Handeln auch auf gemeindlicher Ebene. Das Ziel, eine bezahlbare Energieversorgung für die heimische Wirtschaft zu schaffen und zu erhalten, darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Handlungsfelder der Gemeinden im Energiebereich sind die Energieerzeugung, die Energieverteilung sowie die Energielieferung. Auch der Energieverbrauch in eigenen gemeindlichen Einrichtungen und Liegenschaften zählt dazu.

Anknüpfend an diese Leitgedanken hat der Gemeinderat der Gemeinde Taufkirchen (Vils) daher bereits am 27.03.2007 den Grundsatzbeschluss gefasst, im Rahmen des kommunalen Energiemanagements ein kommunales Konzept in Bezug auf die Energie zu erstellen. Zielsetzung dieses Konzeptes ist es, künftig fossile Brennstoffe einzusparen, damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern und die Erzeugung regenerativer Energien, z. B. als Biomasse, Photovoltaik etc. durch gemeindliches Handeln zu fördern. Die Abwärme aus vorhandenen Biogasanlagen soll künftig genutzt und damit einhergehend alternative Versorgungseinrichtungen geschaffen werden.

Gegenstand des Gemeinderatsbeschlusses war schließlich auch die Optimierung des Energieeinsatzes in kommunalen Einrichtungen, um so die Vorbild- und Multiplikatorfunktion bei den Bürgern zu fördern.

Zur Umsetzung dieses Gemeinderatsbeschlusses wurden zunächst mit mehreren Fachbüros informelle Gespräche geführt. Nach eingehender Prüfung verschiedener Konzepte hat dann die Gemeinde 2008 schließlich die TU München, Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik unter der Leitung von Prof. Dr. Ing. Gerhard Hausladen mit der Erstellung eines ENPs beauftragt. Dieser umfasst ähnlich wie ein Flächennutzungsplan aus der Bauleitplanung das gesamte Gemeindegebiet. So kann die Fülle an unterschiedlichen vorhandenen Konzepten gebündelt und Synergieeffekte zur effizienten Ausschöpfung der Energiepotenziale genutzt werden. Der ENP ist für die Gemeinde ein Planungsinstrument, das als Grundlage dient für eigene sowie private und gewerbliche Initiativen im energetischen Bereich.

### **Erstellung des ENPs**

Der Kostenaufwand, der für die Ausarbeitung des ENPs entstand, war nicht unerheblich und belief sich auf ca. 39.000 €. Erfreulicherweise wurde das Projekt vom Staat finanziell sehr stark unterstützt. Die Gemeinde erhielt aus dem „Bayerischen Programm rationeller Energiegewinnung und -verwendung“ eine Förderung von 50 %, sodass die Finanzierung problemlos sichergestellt werden konnte.

Die Ausarbeitung des ENPs gliederte sich in folgende Phasen:

Schritt 1: Analyse der Energiepotenziale

Schritt 2: Analyse der vorhandenen Energieinfrastruktur

Schritt 3: Analyse des Wärmeenergiebedarfs

Schritt 4: Konzept

In dem Schritt 1 wurden alle Energiepotenziale wie Photovoltaik, Solarthermie, Biogas und Holz erfasst. Dabei erfolgten auch Flächenerhebungen für den Anbau von Energiepflanzen sowie Ermittlungen bezüglich industrieller Überschusswärme und Abwärme aus bestehenden Kälteanlagen.

Die Analyse der vorhandenen Infrastruktur, die in dem Schritt 2 erfolgte, erstreckte sich vor allem auf die Verbräuche von Heizöl, Erdgas und Holz sowie auf die bestehenden Biogasanlagen.

Bei der Analyse des Wärmeenergiebedarfs, die in dem Schritt 3 erfolgte, wurden im Rahmen einer Vorortbegehung die einzelnen Gebäude der Gemeinde anhand von Gebäudealtersklassen energetisch eingruppiert und damit deren Energieverbrauch (Strom und Wärme) erfasst. Kommunale Einrichtungen und Liegenschaften wurden dabei besonders ausgewiesen. Die erhobenen Daten wurden mit den Werten der ortsansässigen Energieversorgungsunternehmen abgeglichen und auf Plausibilität geprüft.

In dem Schritt 4 wurden sodann die vorgenannten Analysen zusammenfassend betrachtet und entsprechend dem Ergebnis dieser Betrachtung der eigentliche ENP erstellt. Der ENP ist ein ganzheitlicher langfristig angelegter Umsetzungsplan, der Handlungsempfehlungen und Maßnahmen aufzeigt, um die energetischen Ziele in der Kommune erreichen zu können.

## Umsetzung von Maßnahmen

Zur Umsetzung des ENPs wurden anschließend sofort entsprechende Maßnahmen ergriffen. Der ENP gab insbesondere den Anstoß zum Aufbau eines Wärmenetzes in Taufkirchen. Hierzu wurde am 07. Juli 2010 die Gemeindewerke Taufkirchen (Vils) GmbH & Co. KG gegründet, ein rechtlich selbständiges Unternehmen, dem die Errichtung und der Betrieb des Wärmenetzes übertragen wurde. Die Gründung erfolgte in kommunaler Partnerschaft mit der Stadtwerke Erding GmbH, einem erfahrenen Energieversorgungsunternehmen, das das notwendige fachliche Know-how mit einbrachte.

Die Betätigungsfelder der Gemeindewerke Taufkirchen (Vils) GmbH & Co. KG sind insbesondere der Aufbau und der Betrieb des Fernwärmenetzes, der Aufbau und der Betrieb von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden sowie ergänzend hierzu der Stromhandel und später eventuell auch der Betrieb des Stromnetzes.



Abb. 10: Franz Hofstetter während des Vortrags.

Die Energieversorgung für das Fernwärmenetz erfolgte in Zusammenarbeit mit zwei landwirtschaftlichen Betrieben. Von dem landwirtschaftlichen Betrieb in Bogenstorf (3 km östlich von Taufkirchen) wurde eine Biogasleitung nach Taufkirchen gebaut und in dem dortigen Gewerbegebiet ein wärmegeführtes BHKW mit 800 kW thermischer Leistung errichtet. Einen zweiten Einspeisepunkt, ein mit zertifiziertem Pflanzenöl betriebenes BHKW mit 330 kW thermischer Leistung errichtete ein aus Babing stammender Landwirt bei dem Wasserwerk in Taufkirchen. Die Reserve- und Spitzenlast wird durch bestehende Heizeinrichtungen in der Grund- und Mittelschule mit 2.500 kW abgedeckt.

In einem ersten Bauabschnitt wurden alle öffentlichen Gebäude im Ortskern (Rathaus, Schulen, Feuerwehrhaus, Bürgersaal, Banken) und darüber hinaus insbesondere auch das Freibad sowie 30 an der Leitungstrasse liegende Wohngebäude angeschlossen. Im Jahr 2012 erfolgte dann ein zweiter Bauabschnitt ebenfalls im Ortskern sowie 2013 dann ein dritter Bauabschnitt, womit ein komplettes neues Wohngebiet mit 50 Häusern erschlossen wurde.

Mittlerweile liefern die Gemeindewerke eine Wärmemenge von ca. 5.014 MWh/Jahr. Dies entspricht einer Heizölmenge von rund 632.000 l und einem vermiedenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 1.800 t.

Das Fernwärmenetz umfasst bereits eine Trassenlänge von 6.300 m. Die bisher für den Ausbau des Fernwärmenetzes entstandenen Kosten haben sich auf 4.967.000 € belaufen, die Gesamtförderung auf 1.288.000 €.

Für die Fernwärme sprechen folgende Argumente:

- Primärenergiefaktor 0,00
- wirksamer Umweltschutz, da CO<sub>2</sub>-neutral
- regionales Produkt
- platz- und kostensparend, da Öltanks und Heizkessel entfallen

Entsprechend einer weiteren Empfehlung aus dem ENP wurden mittlerweile durch die Gemeindewerke auch Photovoltaikanlagen installiert. Auf dem Gebäude der Grundschule wurde eine 31 kW<sub>p</sub>-Anlage errichtet, auf dem Gebäude der Mittelschule eine 27 kW<sub>p</sub>-Anlage. Darüber hinaus sind die Gemeindewerke in Kooperation mit den Überlandwerken Erding auch in den Stromhandel eingestiegen. Mit einem Strommix bestehend aus 53,54 % fossiler Energien, 26,90 % erneuerbarer Energien und 19,56 % Atomstrom werden mittlerweile 968 Kunden aus dem Gemeindebereich (das sind bereits 35 % aller Haushalte) versorgt. Weitere Überlegungen erstrecken sich auch auf eine Rekommunalisie-

zung des Stromnetzes sowie auf sonstige Umsetzungsmaßnahmen aus dem ENP, um die regionale Wertschöpfung zu steigern und die Gemeinde Taufkirchen (Vils) langfristig energieautark zu machen.

## 10 Vortrag: Werkstattbericht Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) Achental

### 10.1 Wolfgang Wimmer



Geschäftsführung Ökomodell Achental e. V.  
Geschäftsführung Achental Betriebs- und Entwicklungs-GmbH  
Geschäftsführung Biomassehof Achental GmbH & Co. KG  
Projektleitung Bioenergie-Region Achental

Ökomodell Achental e.V.  
Kirchplatz 1  
83259 Schleching

#### Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

- Bessere Datengrundlage
- Bewusstseinsbildung
- Potenzialabschätzung
- Listung von Maßnahmen
- Fahrplan zur Umsetzung der Energiewende vor Ort

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

- Erfahrenes Büro auswählen
- Einbindung (intensiv) von Kommunen und Interessensgruppen
- Datengrundlage achten
- Zeitraum zur Erstellung klar definieren
- Zeitnahe Umsetzungsbeginn

### 10.2 Zusammenfassung des Vortrags

#### Ausgangssituation

Im Achental, südlich des Chiemsees in Oberbayern, wird die nachhaltige Nutzung der heimischen Ressourcen seit vielen Jahren gelebt. Mit der Gründung des „Ökomodell Achental e.V.“ im Jahr 1999 haben sich die neun Achental-Gemeinden (Bergen, Grabenstätt, Grassau, Marquartstein, Reit im Winkl, Schleching, Staudach-Egerndach, Übersee und Unterwössen) für eine gemeinsame Gestaltung

der Zukunft entschieden. Die Gemeinden treiben darin den Naturschutz voran, unterstützen die regionale Landwirtschaft, stärken den sanften Tourismus und bereiten den Weg für erneuerbare Energien. Insbesondere durch den Aufbau einer Energieversorgung aus lokalen und erneuerbaren Quellen ist das Achantal zu einer internationalen Modellregion für klimaschonende Energie geworden. In allen neun Ökomodell-Gemeinden wurden und werden zahlreiche Maßnahmen und Projekte dazu umgesetzt. Exemplarisch dafür werden hier der Biomassehof Achantal, das Heizwerk Grassau und der Heftpipeline-Reformer genannt. Zusammen bilden diese drei Anlagen in Grassau das Zentrum für Erneuerbare Energien im Achantal.

Das Achantal ist eine geographisch gut umschriebene Gegend: Im Westen und Osten begrenzen die nördlichen Ausläufer der Alpen, im Norden der Chiemsee und im Süden die Grenze nach Tirol die Region. Die neun Gemeinden darin haben bereits früh erkannt, dass gemeinsam mehr erreicht werden kann und sich deshalb im Jahr 1999 im Ökomodell Achantal e.V. für eine nachhaltige Regionalentwicklung zusammengeschlossen. In der Geschäftsstelle in Schleching sind mittlerweile vier Personen mit der Umsetzung der Aufgaben betraut. Eine der Kernaufgaben des Ökomodells ist die Stärkung der Erzeugung erneuerbarer Energien aus heimischen Ressourcen. Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten ruht der Schwerpunkt hier naturgemäß auf der energetischen Nutzung von Holz. Jedoch sind auch andere Energieträger bedeutend wie beispielsweise die Wasserkraft, um die gemeinsame Vision einer Energie-Selbstständigkeit (für Wärme und Strom) des Achantals bis 2020 zu erreichen. Die Potenziale der erneuerbaren Energie sind in dem folgenden Kreisdiagramm zusammengefasst (Abb. 11). Der große Anteil der Bioenergie (hauptsächlich Holz und Biogas) tritt deutlich hervor. Mehr als ein Viertel der Anstrengungen muss allerdings auch den Einsparungen gelten, die für eine vollständige Energieautarkie unabdingbar sind.

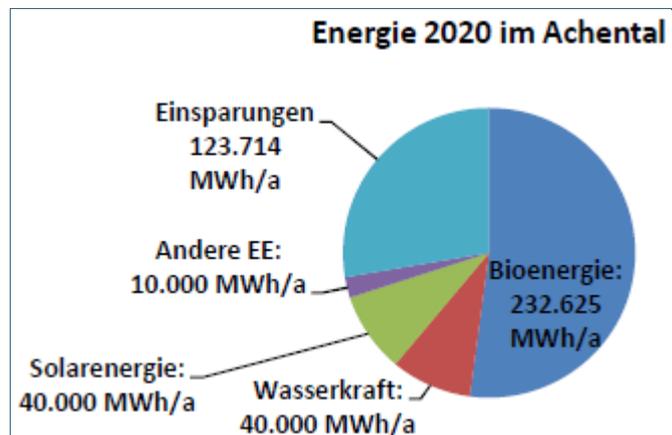


Abb. 11: Aufteilung der noch zu erschließenden Energiequellen für das Leitbild der Autarkie bis 2020

Ein erstes energiebezogenes Konzept wurde 2004/05 im Rahmen einer EU-Studie durch die Firma WIP-Munich erstellt. Resultat war u.a. eine Potenzial- und Bedarfsabschätzung. Seither wurden diese regelmäßig (ca. alle zwei Jahre) neu erhoben, um damit den Stand der Energieerzeugung und die bisher erreichten Erfolge besser abschätzen zu können. Den aktuellen Stand der Erzeugung kann man an der folgenden Grafik ablesen (Abb. 12): Strom wird bereits zu 31% und Wärme zu 25% erneuerbar erzeugt, fast ausschließlich aus regionalen Quellen.

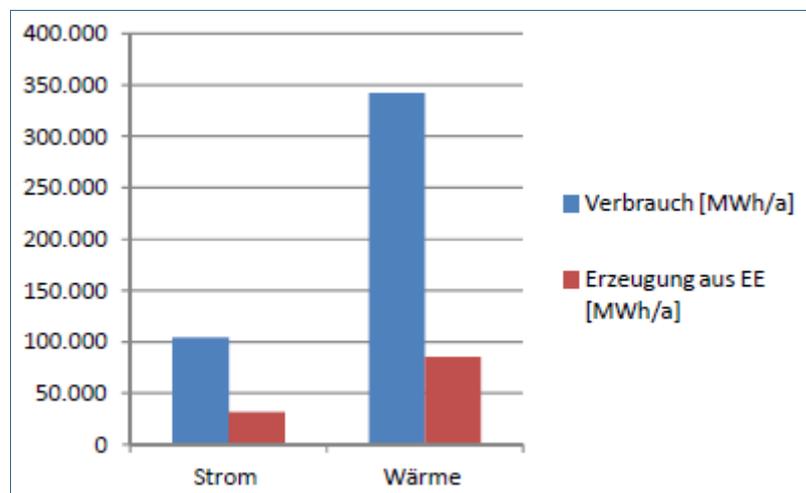


Abb. 12: Aktueller Stand (2012) der Erzeugung von erneuerbarer Energie im Achantal.

## Der Weg zur lokalen Energieversorgung

Diese Erfolge, die über dem nationalen Durchschnitt liegen, beruhen auf der langjährigen intensiven Arbeit des Ökomodells. Denn die EU-Studie hat ebenfalls ergeben, dass für die Umsetzung der lokalen Energiewende ein zentraler Motor und Ansprechpartner sehr wichtig ist und deshalb aufgebaut werden muss. Dies geschah im Jahr 2007 mit dem Biomassehof Achental, der als öffentlich-private Partnerschaft zwischen den Achental-Gemeinden und lokalen Investoren geschaffen wurde. Abb. 13 zeigt den Biomassehof in Grassau mit seinen vier Trocknungsboxen für Holzhackschnitzel (im Vordergrund) und den zwei Hallen für die Pelletslagerung (im Hintergrund). Neben dem Handel und der Logistik von Holz-



Abb. 13: Der Biomassehof Achental in Grassau.

brennstoffen bietet der Biomassehof auch Beratungsdienste (z. B. eine kostenlose Energieberatung oder Unterstützung bei der Fernwärmeplanung) an.

Seit 2009 ist das Achental mit dem Biomassehof als Träger auch eine der „Bioenergie-Regionen“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Im Jahr 2012 wurde diese Förderung um weitere drei Jahre bis 2015 verlängert. Kernaufgabe darin ist die Stärkung der „weichen“ Faktoren der Bioenergie, wie Netzwerkaufbau, Wissenstransfer oder Beratungsleistungen.

Nachdem durch die Gründung des Biomassehofs die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Brennstoffen in der Region stets gegeben war, beschloss die Gemeinde Grassau, ein Heizwerk mit Fernwärme zu errichten (Abb. 14). Die umweltfreundliche Wärmeversorgung aus Waldrestholz ist seit Mai 2010 in Betrieb und hat mittlerweile über 550 Anschlussnehmer (private Wohnhäuser, kommunale Liegenschaften und Gewerbebetriebe). Mit einer Biomasse-Kesselleistung von 3 MW werden jährlich über 14.000 MWh Wärme erzeugt.



Abb. 14: Das Heizwerk der Wärmeversorgung Grassau (KU) mit Fernwärme, neben dem Gelände des Biomassehofs.

Die günstige Konstellation aus Versorger (Biomassehof) und Wärmesenke (Heizwerk) veranlasste im Jahr 2011 die Firma agnion aus Pfaffenhofen, mit dem Bau des ersten „Heatpipe-Reformers“ im Praxismaßstab in Grassau zu beginnen. Nach einer mehrjährigen erfolgreichen Erprobung der Holzvergaserntechnik mit Pellets am Firmenstandort war die Technik reif für die weltweit erste Demonstrationsanlage dieser Art. Im März 2012 ging der Heatpipe-Reformer in Grassau zunächst mit Pellets in Betrieb. Nach der Anlaufphase wurde im Juli 2012 auf Versorgung mit Hackschnitzeln umgestellt. Der Reformer hat eine Feuerleistung von 1,3 MW und erzeugt daraus 400 kW elektrische und 630 kW thermische Leistung. Er weist also insgesamt einen Wirkungsgrad von 79% auf. Der Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist, während die Wärme (auf 90 °C-Niveau) ganzjährig vom Heizwerk Grassau abgenommen wird. Die bisherigen Betriebserfahrungen reichen noch nicht aus, um eine vollständige Bewertung der Anlagentauglichkeit zu erhalten.

Ein Schema der Technik und ein Foto der Anlage sind in Abb. 15 und Abb. 16 ersichtlich.

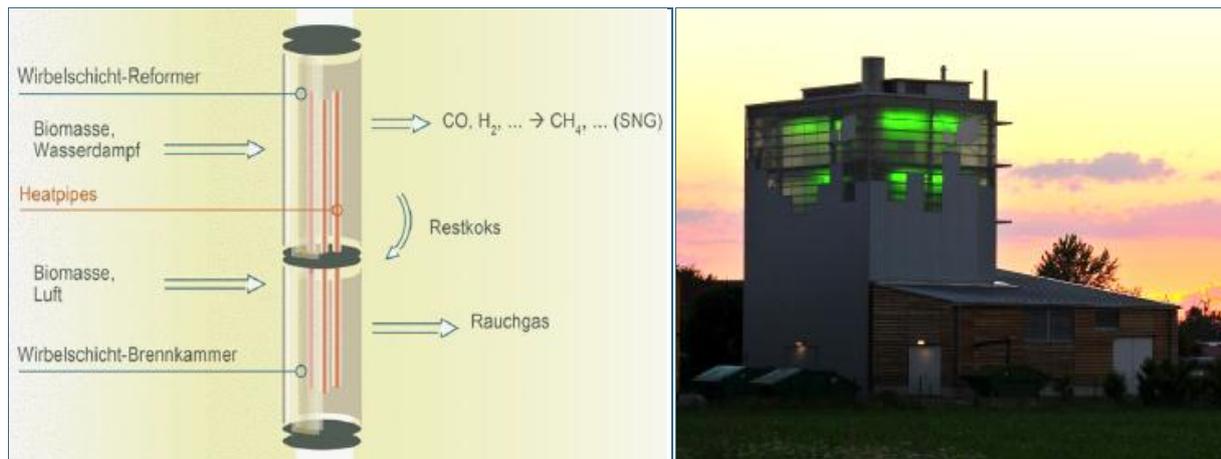


Abb. 15: Funktionsschema des Heatpipe-Reformers zur Holzvergasung. Abb. 16: Der Heatpipe-Reformer von agnion zur Vergasung von Holzhacksnitzeln.

Um die Zusammenarbeit der Achental-Gemeinden zu intensivieren, wurde 2009 eine Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) im Achental eingeleitet, gefördert durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und das Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, mit folgenden Handlungsfeldern:

- Touristische Entwicklung
- Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung
- Energie und Klimaschutz
- Innenentwicklung und Gewerbe
- Sozialstruktur und Ehrenamt

Im Zuge der ILE-Umsetzung wurde dann im September 2012 der Auftrag für die Erstellung eines EKs an die Firma Energie-Concept-Bayern (ecb) aus Prien vergeben. Nach vielen Gesprächen mit den Gemeinden, Landkreis, Energieversorger und mehreren Bürgerinformationsveranstaltungen wurde das Konzept im November 2013 in der Mitgliederversammlung den Verantwortlichen des Ökomodells Achental übergeben. In mehr als 40 Maßnahmenvorschlägen soll zum einen die Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger umgestellt und zum anderen das Einsparungspotenzial genutzt werden. Durch die langjährige Projekterfahrung und die vorhandene Datenbasis im Achental traten keine größeren Hemmnisse auf.



Abb. 17: Wolfgang Wimmer während des Vortrags.

### Ausblick

Aufbauend auf den Ergebnissen wurden unter Einbindung der Akteure und Bürger im Achental Vorschläge und Anregungen gesammelt, wie die Energiewende in der Region zukünftig weiterentwickelt werden kann. Dabei konnte eine Vielzahl von Maßnahmen entwickelt und hinsichtlich Umsetzbarkeit, Ökonomie, Auswirkungen auf die Emission und Einfluss auf Energieverbrauch bzw. Energieerzeugung bewertet werden. Entscheidend für das Erreichen des Ziels der Energieneutralität wird dabei die Fortsetzung der vorbildlichen Einbindung von Kommunen, Bürgern und Akteuren bei Maßnahmenplanung und Projektumsetzung sein.

## 11 Ergebnisse der Thementische

Als Kern der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer in Kleingruppen offene Fragen zum jeweiligen Thema an den vier sogenannten Thementischen.

Diese wurden jeweils von einem (fachlich versierten) Gesprächsleiter moderiert und von einer (fachlich neutralen) Assistenz für alle sichtbar an einer Pinnwand dokumentiert. Um ein Gespräch „auf Augenhöhe“ zu fördern, saßen zudem an jedem Thementisch ein oder mehrere „Impulsgeber“, also zu meist kommunale Vertreter, die bereits Erfahrungen mit dem ENP oder dem EK gesammelt hatten und diese im Laufe des Gespräches mit den anderen Teilnehmern teilten.

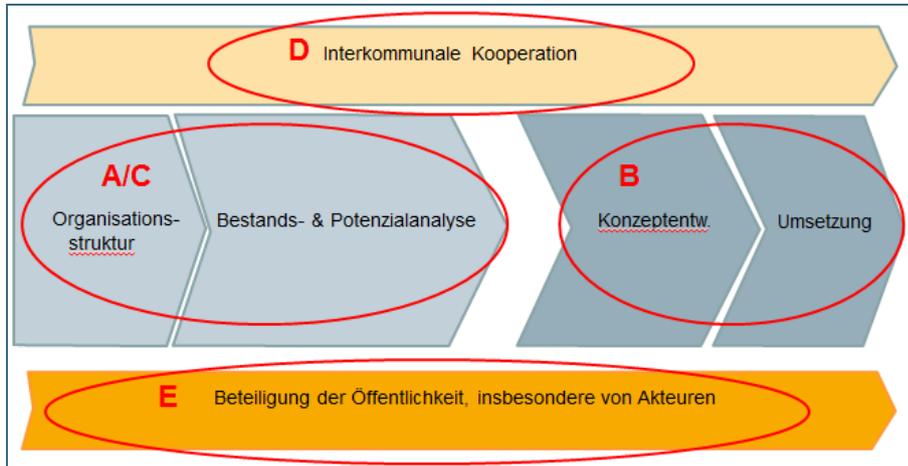


Abb. 18: Übersicht des Ablaufs eines ENP/EK und die daran angelegte Themenwahl für die Thementische.

Die Themen der vier Thementische wurden dem groben Ablauf des ENPs und EK nachempfunden (Abb. 18). Jeder Teilnehmer nahm im Laufe des Tages an jedem Thementische teil – jedoch in unterschiedlicher Reihenfolge. Die Teilnehmer konnten durch dieses interaktive Format mit immer wieder anderen Personen ins Gespräch kommen, diskutieren, nachfragen und Erfahrungen austauschen.

Nach den vier Diskussionsrunden wurden am Nachmittag die prägnantesten Diskussionsergebnisse von den Gesprächsleitern und Assistenten zusammengefasst und im Plenum vorgestellt.

Im nachfolgenden Kapitel sind Eindrücke, Erfahrungen, Fragen und Antworten der jeweils ca. 40-minütigen Diskussionsrunden dokumentiert. Es handelt sich daher um einzelne Äußerungen der teilnehmenden kommunalen Vertreter oder Experten. Übereinstimmende Aussagen sind als Konsens herausgestellt.

## 11.1 Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern

### Impulsgeber:

- Thomas Kreller, Gemeinde Gerolsbach
- Helmut Hiermeier, Stadt Tittmoning

### Moderation:

- Peter Tzscheuschler, TU München

### Dokumentation:

- Sonja Epple, citycom-münchen



Abb. 19: Thementisch A/C: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

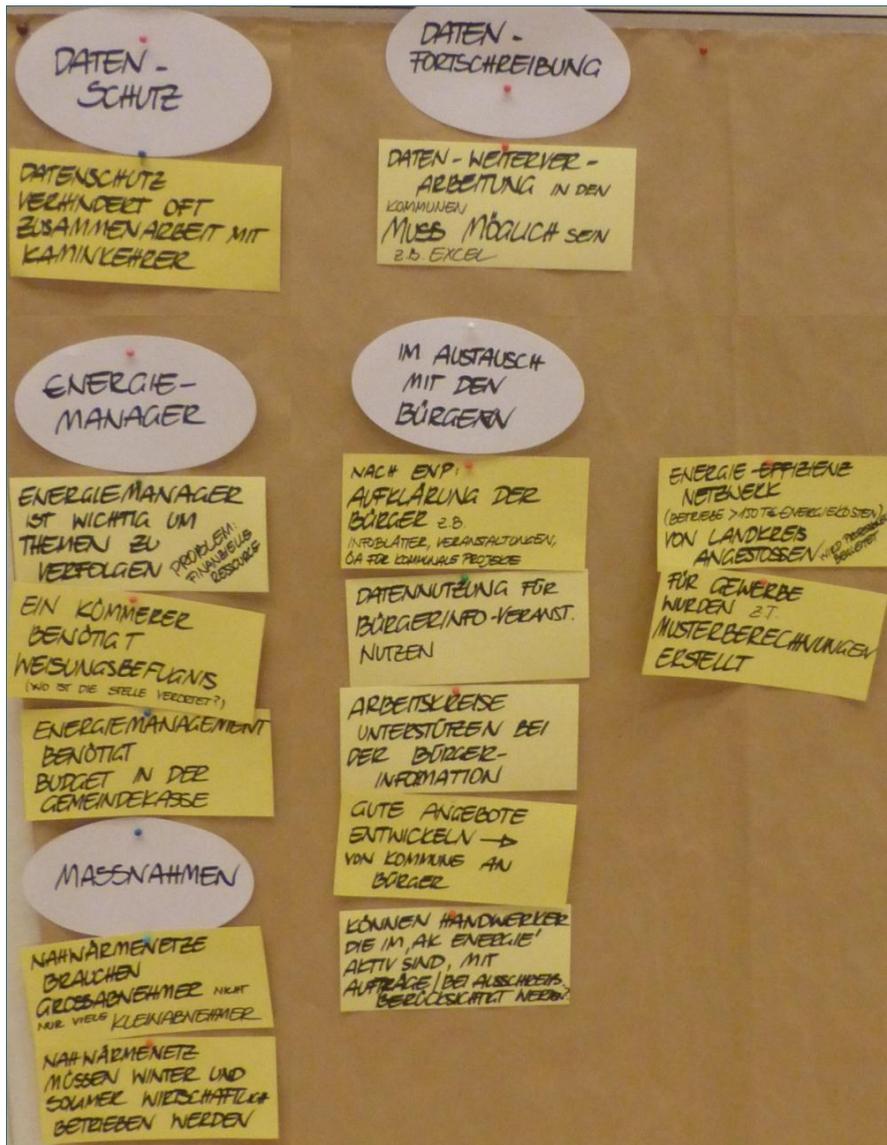


Abb. 20: Thementisch A/C: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### Thema: Auslöser für die Erstellung eines ENPs/EKs

In kleineren Gemeinden waren meist Einzelpersonen (Bürgermeister oder Verwaltungsmitarbeiter) die Initiatoren, die das Thema effiziente Energienutzung in ihrer Kommune vorantrieben. Sie waren die „Kümmerer“, die mit viel Engagement das Thema in den Gemeinderat und auch in die Bürgerschaft hineintrugen. Dabei war es von großem Vorteil für das Gelingen, wenn sich der Bürgermeister selbst engagierte oder zumindest dem „Kümmerer“ den Rücken stärkte.

Aber nicht nur die Gemeinden selbst, auch die Landkreise können interkommunale Konzepte anstoßen und Gemeinden zur Zusammenarbeit motivieren.

Eine Kommune berichtete, dass ihr Auslöser die Teilnahme an einem Pilotprojekt war. Der Vorteil war, dass außer einer hohen Förderung zusätzlich eine fachliche Betreuung während des gesamten Projektverlaufes angeboten wurde.

### **Thema: Ziele des ENPs bestimmen und Potenziale erkennen**

Einem kommunalen oder interkommunalen ENP sollte immer eine fundierte Definition der Ziele vorangestellt werden. Wozu sollen Daten gesammelt werden? Welche Datentiefe ist dazu nötig? Ist es sinnvoll, das Gesamtgebiet zu erfassen oder können Teilgebiete besonders betrachtet, andere ausgeschlossen werden? Die Anwesenden nannten Gebiete, bei denen ohnehin in absehbarer Zeit Maßnahmen geplant sind (z. B. Verlegung von Breitband oder Kanalsanierung), als besonders geeignet für eine energetische Untersuchung, wenn es um Versorgungsnetze gehen könnte. Einstiegspunkte für erste Untersuchungen können Gewerbebauten und kommunale Liegenschaften/öffentliche Einrichtungen sein. Dagegen wurden Neubaugebiete mit Wohngebäuden, aufgrund des geringen Wärmebedarfs von Neubauten, meist als wenig interessant für Nahwärmekonzepte gesehen.

Gemeinsam mit Experten können bereits im Vorfeld eines ENPs Potenziale in Bezug auf Nahwärme, Windkraft, Photovoltaik, Geothermie oder auch der Ausweitung bestehender Versorgungsnetze usw. erkannt und gezielt untersucht werden.

### **Thema: Förderung**

Aus Sicht des Innovations- und Technologiezentrums Bayern, welches die Förderbetreuung für den ENP übernimmt, ist für die Förderungsfähigkeit eines ENPs nicht eine möglichst breite Bestandserhebung erforderlich, sondern vor allem eine fundierte Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalyse konkreter Maßnahmen (siehe Kapitel 12). Eine ENP-Förderung kann auch für Teilprojekte und zudem auch mehrfach beantragt werden, z. B. zuerst für ein interkommunales Projekt und später für Einzelmaßnahmen.

### **Thema: Datenerhebung**

Die Datenerhebung sollte entsprechend der oben genannten Zielsetzung erfolgen: Welche Datentiefe ist sinnvoll? Welche Daten werden demnach benötigt? Welche Daten sind leicht zu beschaffen? Der Aufwand, Daten zu erheben, sollte in einem guten Verhältnis dazu stehen, was mit den Daten bewirkt werden kann. Eine grobe Datenerhebung kann eine gute Basis darstellen, um einen ersten Maßnahmenkatalog zu erstellen. Erkannte Schwerpunktgebiete sollten dann mit höherer Detailtiefe untersucht werden.

Im Rahmen der Datenerhebung berichteten die Teilnehmer von überwiegend guten Erfahrungen mit der Datenabfrage bei regionalen Energieversorgern. Dagegen war die Unterstützung durch die Bezirkskaminkehrer sehr unterschiedlich. Hier führte laut der Erfahrung einiger Anwesenden eine frühzeitige Information und Einbindung häufig zum Erfolg. Das Problem bei den Daten kommunaler Liegenschaften war oftmals, dass die Daten nicht gleichmäßig erhoben und aufbereitet wurden.

Im Gegensatz zu den eigenen Liegenschaften sind bei den ansässigen Gewerbebetrieben oftmals größere Einsparungen zu erzielen. Gerade, wenn Gemeinden Nahwärmenetze ausbauen möchten, sind die Gewerbebetriebe als Lieferanten (Abwärme) oder Abnehmer ein zuverlässiger Garant für einen nachhaltigen Betrieb des Nahwärmenetzes. Die Daten über deren Energiesenken und -quellen wurden in einigen Gemeinden durch Fragebögen, in anderen durch persönliche Gespräche mit den Betrieben ermittelt. Übliche Rücklaufquoten von Fragebögen liegen im Bereich von 10 bis 20 %. In einer Gemeinde konnte durch intensive Begleitung der Aktion sogar 80 % Rücklauf erzielt werden. Die Erfahrung zeigte dabei, dass der Datenrücklauf umso höher war, je direkter der Bürgermeister sich im Vorfeld der Untersuchung durch Anschreiben oder Anrufe dafür stark machte und die Betriebe zur Mitarbeit motivierte. Aus einigen Gemeinden wurde berichtet, dass den Betrieben die ermittelten Einsparpotenziale zurückgemeldet und Maßnahmen zur Umsetzung ausgelöst wurden.

Schwieriger gestaltet sich die Datenerhebung bei Privathaushalten. Aus Datenschutzgründen werden Daten von Energieversorgern und Kaminkehrern meist nur auf Straßenzüge oder Quartiere aggregiert

weitergegeben. Auch hier wurden mit Fragebögen gute Erfahrungen gemacht. Wichtig war die Legitimierung des beauftragten Dienstleisters durch eine entsprechende Vollmacht und eine Ankündigung durch die Gemeinde (z. B. im Gemeindeblatt oder durch Einwurf eines Infoblatts).

### **Thema: Allgemein verfügbare Daten**

Nicht alle Daten müssen mühsam neu ermittelt werden. Es gibt verschiedene Quellen, die die Gemeinden nutzen können. Beispiele sind Energymap.info, der Energie-Atlas Bayern<sup>4</sup>, der Windatlas Bayern<sup>5</sup> sowie Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und des Staatlichen Vermessungsamtes. Öffentlich verfügbare Datenquellen waren den meisten Teilnehmern bekannt und wurden von ihnen oder den beauftragten Dienstleistern genutzt.

Ab 2014 wird der „Datenpool ENP“ in dem Energie-Atlas Bayern zu finden sein. Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit ENERGIE INNOVATIV an der Technischen Universität München bearbeitet. Ziel ist es, einheitliche Standards der Datenerhebung und Datenverwendung für die Bestands- und Potenzialanalyse zu erarbeiten. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes fließen in die Entwicklung einer interaktiven Internetplattform ein, die mit dem Energie-Atlas Bayern verlinkt sein wird. In einem ersten Schritt soll die effiziente Auffindung und Organisation von Datengrundlagen für die kommunale Energieplanung und eine Hilfestellung bei der Ausschreibung von Energienutzungsplanungen ermöglicht werden. In einem zweiten Schritt werden ein standardisiertes Datenpaket ENP und erste Softwarewerkzeuge für die Bestands- und Potenzialanalyse für Planer entwickelt.

### **Thema: Datenfortschreibung**

Damit der ENP nicht eine einmalige Aktion ist, sondern ein fortwirkendes Instrument der kommunalen Energieplanung wird, muss sichergestellt werden, dass der Datenbestand aktualisiert und fortgeschrieben werden kann. Deshalb muss bei der Datenerhebung durch externe Dienstleister immer darauf geachtet werden, dass außer der Festlegung, welche Daten erhoben werden sollen, auch das Format definiert ist, in dem die Daten abgespeichert werden. Wenn die Gemeinde die Datenformate nicht selbstständig digital weiterverwenden kann, ist der Nutzen gering. Beispielsweise wurden Excelbasierte Datensätze gefordert, die in ein Geoinformationssystem (GIS) eingepflegt werden können.

### **Thema: Organisation und Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern**

Die Erstellung eines ENPs stellt viele, insbesondere kleine Gemeinden vor große Herausforderungen. Daher wurden meistens externe Dienstleister beauftragt, den ENP zu erstellen. Je mehr Gedanken sich eine Gemeinde im Vorfeld über ihre Ziele machte, umso konkreter konnten die Inhalte bei der Beauftragung des Dienstleisters definiert werden und umso aussagekräftiger waren die Ergebnisse.

Die Erfahrungen bezüglich der Zusammenarbeit mit den beauftragten externen Dienstleistern wurden von den teilnehmenden Gemeindevertretern als überwiegend gut bis sehr gut geschildert.

Als wichtig wurde eine intensive Begleitung der Erarbeitung des ENPs durch die Gemeindeverwaltung und den Bürgermeister erachtet. In diesem Zusammenhang wurde oft der „Kümmerer“ genannt. Einige Gemeindevertreter bemängelten auch, dass in der Gemeinde das erforderliche Know-how nicht vorhanden war. Viele wünschten sich daher entsprechende Weiterbildungsangebote. Letztendlich benötigt es einen gut ausgebildeten, weisungsbefugten Energiemanager o.ä., der intern gut vernetzt und nach außen mit ausreichend Vollmacht ausgestattet ist, um Maßnahmen voranzutreiben.

<sup>4</sup> [www.energieatlas.bayern.de/](http://www.energieatlas.bayern.de/)

<sup>5</sup> [www.energieatlas.bayern.de/kommunen/gebietskulisse.html](http://www.energieatlas.bayern.de/kommunen/gebietskulisse.html) und [www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/energie-und-rohstoffe/Bayerischer\\_Windatlas.pdf](http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/energie-und-rohstoffe/Bayerischer_Windatlas.pdf)

## 11.2 Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen

### Impulsgeber:

- Hans Gröbmayr, Landratsamt Ebersberg
- Florian Diepold, Technologie Campus Freyung

### Moderation:

- Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden

### Dokumentation:

- Markus Weinkopf, citycom-münchen



Abb. 21: Thementisch B: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

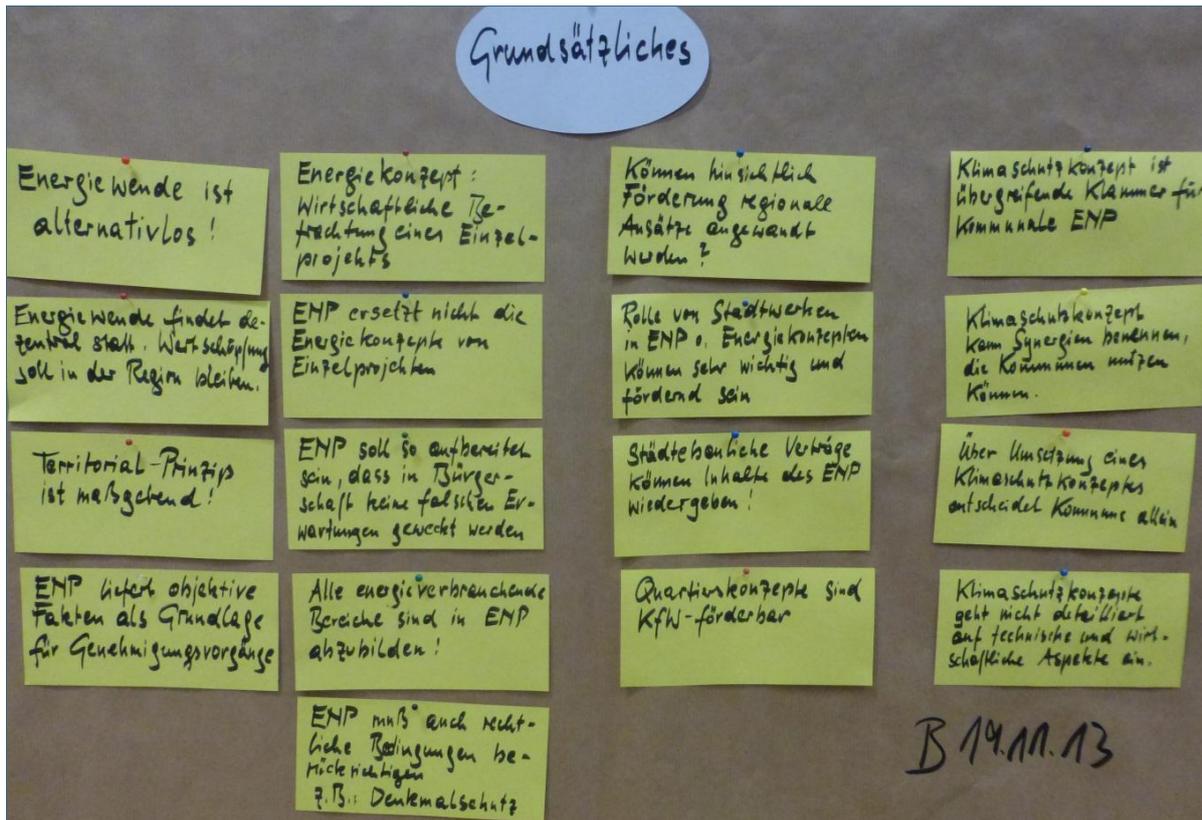


Abb. 22: Thementisch B: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### Thema: Rahmenbedingungen

Die Teilnehmer formulierten zu Beginn des Workshops Aussagen zu den politischen Rahmenbedingungen, die derzeit verunsichernd sind. Es wurde beklagt, dass die Distanz zwischen Politik und Realität zu groß erscheint. Daher gehe die Glaubwürdigkeit der Politik bei den Bürgern verloren. Es wurde in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, ob die Energiewende in der Tagespolitik noch Priorität hat. Kritisch gesehen wurde auch die momentane Fokussierung der Öffentlichkeit auf das Thema Windkraft. Die aufgestaute Wut, so ein Teilnehmer, hinsichtlich der vernachlässigten Energiewende soll artikuliert werden. Nur wer laut ist, wird gehört, ist seine Meinung. Die Teilnehmer waren sich allgemein einig, dass die Energiewende alternativlos ist.

### Thema: Erstellung eines ENPs

Folgende Fragen wurden gestellt: Welche Struktur ist für die Umsetzung des ENPs sinnvoll? Was folgt nach der Erstellung des ENPs? Welcher Weg ist einzuschlagen? Der Gesprächsleiter nannte verschiedene Modelle als Beispiel, die auch parallel wirksam werden können: Dazu gehören der Aufbau eines Kompetenzteams zur Entlastung der Kommune sowie der Aufbau einer Kommunikationsstruktur, die verstärkt dem Informationsaustausch dient. Diese Netzwerkarbeit dient letztlich auch zur Erhöhung von Akzeptanz bei den Bürgern. Zudem wurde das Herstellen einer Struktur gemeindeübergreifender Genossenschaften erwähnt, mit deren Hilfe das Know-how gebündelt werden soll. Als Beispiele wurden der Investitionsbedarf und die Abrechnung von Wärme oder Strom genannt. Dabei sind aber immer die individuellen Möglichkeiten der Kommune zu beachten.

Als ein weiterer Vorschlag wurde genannt, dass der Landkreis interkommunale Aufgaben übernehmen könnte, z. B. in Bezug auf das Thema Windkraft. Von Seiten der Impulsgeber wurde ergänzt, dass sich das Modell der zweistufigen Genossenschaft mit a) der Kommune und b) den Bürgern bewährt hat.

Als ein weiteres Modell wurde die „gemeindeübergreifende, kostenaufwändige Sanierung von Einzelprojekten“ von einem der Impulsgeber angeführt. Hier schließen sich mehrere Kommunen zusammen, von der jede jeweils ein Einzelprojekt nennt, also z. B. die Sanierung des energieineffizientesten Gebäudes. Alle genannten Einzelprojekte werden nach Dringlichkeit gereiht und von allen Kommunen gemeinsam finanziert. Die Einzelprojekte werden dann analog ihrer Priorität nacheinander durchgeführt. Damit kann mit den jeweiligen Maßnahmen sogleich begonnen werden und die finanzielle Belastung für die einzelne Kommune wird nicht so stark, weil sie sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Die Kommunen einigen sich dabei auf einen Zeitplan, z. B. fünf Gemeinden, fünf Projekte, fünf Jahre Laufzeit, d.h. jede Gemeinde muss jährlich nur 1/5 ihrer eigenen Sanierungskosten bezahlen.

### **Thema: Beauftragter für Energie**

Welche Aufgabe muss ein Klimaschutzmanager abdecken? Bei dieser Diskussion wurde erkennbar, dass unterschiedliche Begriffe verwendet werden, die aber sichtlich das Gleiche meinen, nämlich den Beauftragten für Energie. Dieser soll laut Aussage eines Experten Projekte anstoßen und dann betreuen. Er sichert durch seine Fachkompetenz Qualität, kann aber dennoch das Planungsbüro nicht ersetzen.

### **Thema: Hürden und Stolpersteine**

Die Teilnehmer benannten Risiken, die im Zusammenhang mit der Konzeptentwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für Kommunen entstehen können. Dabei wurde als Hürde erkannt, wenn die Kommunen durch ENPs/EKs überfordert sind, weil diese nicht konkret und handlungsorientiert erarbeitet wurden. Es musste von manchen Teilnehmern auch festgestellt werden, dass Naturschutz teilweise im Konflikt mit den Zielen der Energiewende steht.

Darüber hinaus formulierten teilnehmende Gemeindevertreter weitere Hürden. So werde in der Öffentlichkeit Energieeinsparung immer zuerst von der Kommune erwartet. Die Zustimmung der privaten Haushalte sei dagegen meist nicht vorhaben. Überregionale Ansätze würden oft an qualitativen Unterschieden der Inangriffnahme der Kommunen scheitern.

### **Thema: Zukunftsperspektive**

Auf die Frage eines Teilnehmers, wie schnell ENPs veralten, antwortete ein Experte, dass der ENP auch langfristige Projekte berücksichtigen muss. Durch den ENP soll das „große Ganze“ gesehen werden und nicht alleine die Einzelprojekte. Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sollen darüber hinaus in die Zukunft projiziert werden. Weiterhin wurde erläutert, dass die Wirtschaftlichkeitsanalyse der möglichen Maßnahmen immer wieder angepasst werden soll. So bleibt der ENP aktuell. Die Teilnehmer waren sich einig, dass – egal welche Maßnahmen letztlich ergriffen werden – die Wertschöpfung in der Region bleiben sollte.

### **Thema: Was kann der ENP leisten?**

Es wurde von den Teilnehmern hinterfragt, was ein ENP, der von einer Gemeinde beauftragt und von Dritten (z. B. Planungsbüro) erstellt wird, leistet. Dazu wurden von einem Experten folgende Punkte genannt: Der ENP liefert objektive Fakten als Grundlage, die auch für Genehmigungsvorgänge dienen. Er soll so aufbereitet sein, dass bei der Bürgerschaft keine falschen Erwartungen geweckt werden. Der ENP sollte zudem alle Energie verbrauchenden Bereiche – privat, gewerblich sowie kommunal – abbilden. Auch die rechtlichen Bedingungen wie z. B. der Denkmalschutz müssen berücksichtigt werden. Er ersetzt jedoch nicht die notwendigen wirtschaftlichen Betrachtungen für Einzelprojekte.

### **Thema: Weitere Konzepte**

Bei der Beschäftigung mit dem Thema ENP wurde auch immer wieder von Gemeindevertretern das Klimaschutzkonzept erwähnt. Dazu lieferte der Gesprächsleiter einige grundsätzliche Erläuterungen.

So führte er an, dass das Klimaschutzkonzept die übergreifende Klammer für den kommunalen ENP sein kann. Das Klimaschutzkonzept kann Synergien benennen, die von den Kommunen genutzt werden können. Über die Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes entscheidet alleine die Kommune, analog zum ENP. Ein Klimaschutzkonzept geht jedoch nicht detailliert auf technische und wirtschaftliche Aspekte ein. Das leistet dann der ENP.

Vom Gesprächsleiter wurde zudem darauf hingewiesen, dass Untersuchungen für einzelne Ortsteile, also sogenannte Quartierskonzepte, von der KfW gefördert werden.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> [https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Downloadcenter/Förderprogramme-\(Inlandsförderung\)/barrierefreie-Dokumente/Energetische-Stadtsanierung-Zuschüsse-für-integrierte-Quartierskonzepte-und-Sanierungsmanager-\(432\)/index.html](https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Downloadcenter/Förderprogramme-(Inlandsförderung)/barrierefreie-Dokumente/Energetische-Stadtsanierung-Zuschüsse-für-integrierte-Quartierskonzepte-und-Sanierungsmanager-(432)/index.html)

## 11.3 Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland

### Impulsgeber:

- Klaus Pitterle, Gemeinde Feldkirchen

### Moderation:

- Erich Monhart, K.GREENTECH

### Dokumentation:

- Brigitte Gans, citycom-münchen

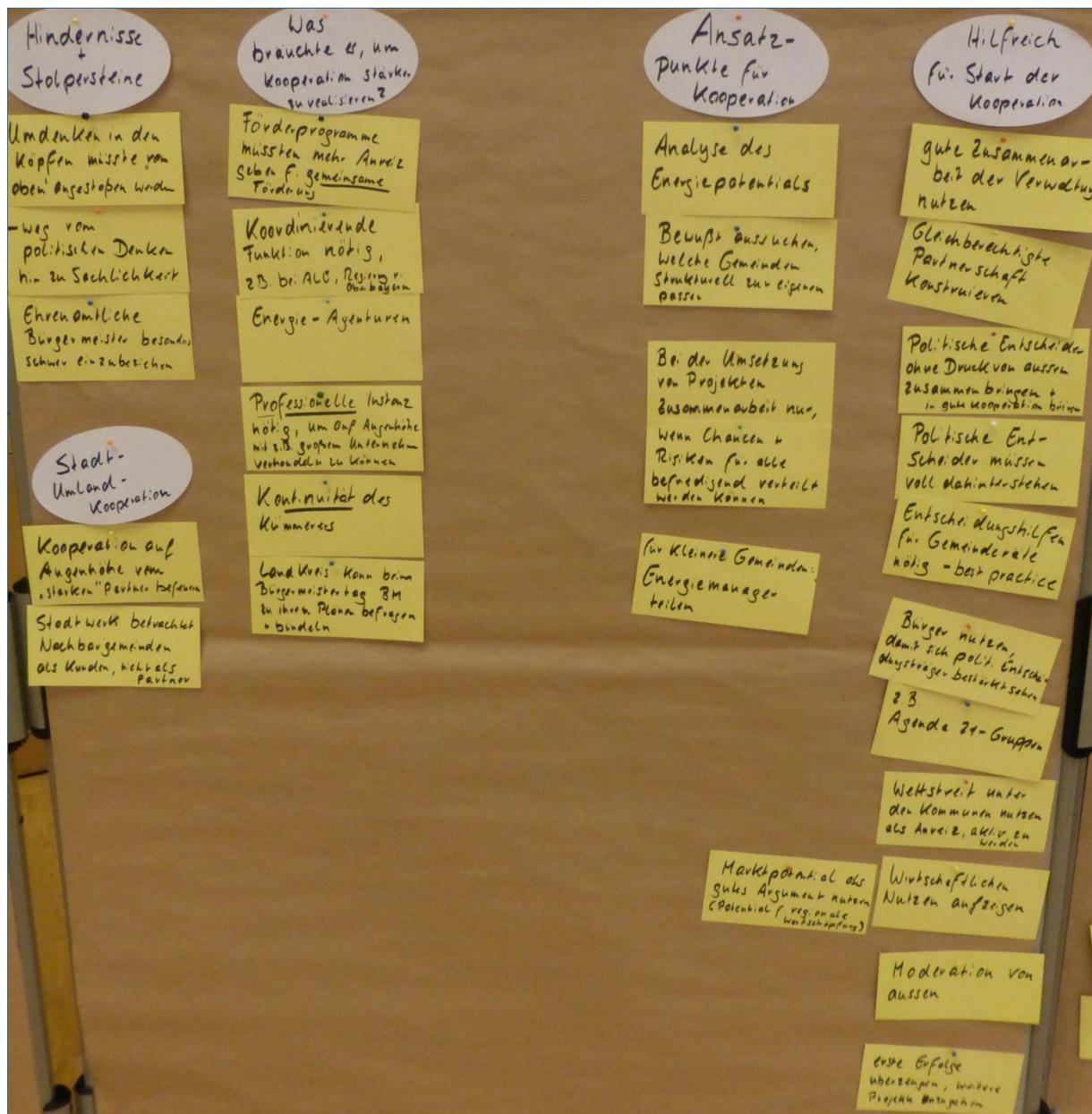


Abb. 23: Thementisch D: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### **Thema: Hindernisse für die interkommunale Kooperation**

Die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinaus wurde von den Teilnehmern überwiegend stark begrüßt – allerdings wird sie im Energiebereich in der Praxis wenig realisiert. Als größtes Hindernis, das dabei zu überwinden ist, wurde das vorherrschende politische Denken benannt, welches den eigenen Vorteil über wünschenswerte langfristige, sachlich sinnvolle Ziele setzt. Es wurde auch gewünscht, dass das „Umdenken in den Köpfen“ durch übergeordnete Autoritäten forciert werden sollte, also durch klare Vorgaben oder Impulse von Seiten der Regierung, der Landkreise oder der Fördermittelgeber.

### **Thema: Schwierige Stadt-Umland-Kooperation**

Bezüglich der Kooperation zwischen Städten mit ihren Umlandgemeinden gab es kaum gute Erfahrungen. Kleinere Gemeinden beklagten, dass eine Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ schwierig zu erreichen ist – das Angebot müsste hier vom stärkeren Partner (oft das Stadtwerk der Stadt) ausgehen. Der Impulsgeber berichtete, dass sie von den Stadtwerken der benachbarten Stadt nicht als Partner, sondern als Kunde behandelt wurden, mit den entsprechenden ungünstigen Konditionen.

### **Thema: Ansatzpunkte für eine Kooperation**

Ansatzpunkte für die Kooperation können darin liegen, dass die Analysephase gemeinsam erfolgt. Dafür ist es sinnvoll, sich Gemeinden auszusuchen, die strukturell zu der eigenen Gemeinde passen. Bei der Umsetzung werden sich die Wege oft wieder trennen. Eine gemeinsame Umsetzung von Projekten wird nur dann sinnvoll sein, wenn ausreichende Interessenschnittstellen existieren und Chancen/Risiken für alle befriedigend verteilt werden können. Dies kann beispielsweise bei gemeinsamer Energieerzeugung durch Tiefen-Geothermie, Windkraft oder Biogas der Fall sein.

### **Thema: Hilfen für den Start der Kooperation**

Am besten funktioniert nach den Erfahrungen der Teilnehmer die Zusammenarbeit im Energiebereich, wenn schon gute Erfahrungen aus anderen Kooperationsbereichen vorliegen – man sich also schon über die Jahre „zusammengerauft“ hat. Der Impulsgeber berichtete, dass der Impuls in seiner Gemeinde von der schon bestehenden Zusammenarbeit der Umweltverwaltungen ausging, d.h. der Kontakt wurde zunächst auf Verwaltungsebene geknüpft.

Um die politischen Entscheider für die Zusammenarbeit zu gewinnen, wurde vom Impulsgeber empfohlen, zunächst die Bürgermeister in Vier-Augen-Gesprächen zusammen zu bringen, ohne den Druck der Öffentlichkeit. Nur wenn die Entscheider voll hinter der Kooperation stehen, kann sie auch über lange Zeit und trotz Krisen (z. B. finanzielle Engpässe) funktionieren.

Eine Kreisrätin berichtete, dass auch die Gemeinderäte Unterstützung brauchen, um von einer Kooperation überzeugt zu werden. Hier wären best-practice-Beispiele nötig, an denen man sich orientieren kann.

Andere kleinere Gemeinden berichteten von ihren guten Erfahrungen, dass der Wunsch zur Kooperation von den Bürgern ausging. So haben beispielsweise aktive Agenda 21-Gruppen bewirkt, dass sich die Politiker für die interkommunale Zusammenarbeit entschieden.

Als weiterer Aspekt, der überzeugend sein kann, wurde das Marktpotenzial für regionale Wertschöpfung genannt, das verloren geht, wenn der Energiesektor nicht genutzt wird – was gemeinsam besser gelingt.

Ein Planungsbüro brachte ein: Wenn ein erstes Interesse geweckt ist, ist eine Moderation bzw. Mediation durch ein externes Büro hilfreich, um die Grundsteine zu legen. Der Konsens für eine gute Strategie war: Erste Erfolge erzeugen mit der Zusammenarbeit – diese sind die beste Werbung!

### **Thema: Stärkung der interkommunalen Kooperation**

Hier wurden folgende Aspekte eingebracht:

Helfen würden Förderprogramme, die einen Anreiz geben, sich gemeinsam fördern zu lassen, sowie eine koordinierende – und für die Gemeinden kostenfreie – Funktion durch die Ämter für Ländliche Entwicklung, die Bezirksregierung oder durch Energieagenturen. Die regionalen Klimaschutzmanager können diese Funktion nur eingeschränkt erfüllen, zumindest wenn sie – wie meist – nur befristet angestellt sind. Zudem bringen sie für manche Verhandlungspartner wie z. B. ein großes Unternehmen nicht den ausreichenden Status mit. Dafür bräuchte es eine professionell agierende Instanz, die eine Kontinuität gewährleistet.

Auch die Landkreise sollten ihre Möglichkeiten der Koordination und Impulssetzung besser nutzen. Ein Vertreter eines Landratsamtes berichtete, dass sein Landkreis die Gemeinden bei einem Bürgermeistertag nach ihren Plänen fragte und jetzt die Aktivitäten bündelt und vernetzt.

## 11.4 Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)

### Impulsgeber:

- Christian Moosrainer, Gemeinde Aschau im Chiemgau

### Moderation:

- Frank Brodmerkel, Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation

### Dokumentation:

- Ursula Ammermann, citycom-münchen



Abb. 24: Thementisch E: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### **Thema: Öffentlichkeitseinbindung zum ENP**

Einige teilnehmende Kommunen sahen ein Problem der Öffentlichkeitseinbindung in der strategischen Ausrichtung des ENPs, die für viele Bürger oft nicht fassbare Aussagen und keine Kosten für spätere Maßnahmen beinhaltet. Bürger interessierten sich nach Meinung vieler Teilnehmer eher für konkrete Ergebnisse und vor allem für Kosten, die auf sie zukommen. Das erkläre das oft geringe Interesse der Öffentlichkeit am ENP.

Dennoch sei die Einbindung der Bürger in den ENP im Hinblick auf die Akzeptanz bei einer späteren Umsetzung wertvoll. Argumentationshilfe sei die Darstellung des Nutzens eines ENPs, z. B. wie sich eine Beteiligung an einem Nahwärmenetz rechnet. Soweit Kommunen hier in finanzieller Konkurrenzsituation zu großen Energieanbietern stehen, wurde von einzelnen Teilnehmern empfohlen, als Argument für die kommunale Energieversorgung die energetische Unabhängigkeit der Kommune anzuführen. Es wurde beklagt, dass in der politischen Diskussion und in den Medien zurzeit überwiegend die Windkraft im Fokus stehe und so in der Öffentlichkeit ein einseitiges Bild entstünde. Energiebedarf, Energieeinsparung und Energieeffizienz bei der Wärmeversorgung sollten im Dialog mit den Bürgern stärker kommuniziert werden, zumal gerade bei der Energieeinsparung für den Bürger überzeugende und schnelle Erfolge zu erzielen sind.

Auf jeden Fall erhöht das Beteiligungsangebot im Rahmen des ENPs oder EKs die Legitimationsbasis für spätere Maßnahmen der Kommune, so die Meinung vieler Teilnehmer.

Seitens der Experten wurde darauf hingewiesen, dass bis auf eine Abschlusspräsentation und die Einbindung wichtiger Akteure im ENP die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht finanziell förderungsfähig ist (siehe Kapitel 12).

### **Thema: Vorgehen**

Erfahrene Teilnehmer empfahlen, vor Beginn einer Öffentlichkeitsbeteiligung die Zustimmung des Gemeinderates zum ENP einzuholen. Bei der Öffentlichkeitsbeteiligung ist dann zu unterscheiden zwischen der Information auf der einen und der konkreten Beteiligung der Bürger auf der anderen Seite. Zu welchem Zeitpunkt die Öffentlichkeit am besten eingebunden werden sollte, wurde unterschiedlich gesehen:

- Die intensive Beteiligung der Öffentlichkeit, z. B. in Form von Workshops, sollte erst nach der Bestands- und Potenzialanalyse sowie eventuell auch der Konzepterstellung erfolgen, weil dann bereits Ergebnisse vorlägen, über die mit der Bürgerschaft diskutiert werden könne. Unabhängig davon sei die notwendige, frühzeitige Information der Öffentlichkeit über die Erstellung eines ENPs und die erforderlichen Erhebungen zu sehen.
- Andere Teilnehmer sprachen sich für eine Beteiligung der Bevölkerung bereits vor der Erstellung des ENPs aus, um die Bürger zu informieren und zu überzeugen und die lokale Bereitschaft für spätere Maßnahmen auszuloten.

Die Gemeinde Aschau ging bei der Öffentlichkeitseinbindung folgendermaßen vor:

Der Gemeinderat beschloss im April 2012 die Aufstellung des ENPs. Zeitgleich wurde die Bevölkerung über die lokalen Zeitungen und das Gemeindeblatt informiert. Die Datenerhebungen erfolgten in Form von Begehungen/Gebäudebesichtigungen von außen (es erfolgten keine individuellen Befragungen) und wurden im Herbst 2012 durch die Fachhochschule (FH) Kufstein durchgeführt. Alle Anwohner erhielten im Vorfeld ein Informationsschreiben des Bürgermeisters. Das Team der studentischen Besichtigter erhielt Legitimationsschreiben des Bürgermeisters.

Nach der Bestandserhebung wurden die Bürger zu einem ersten Informationstermin (Workshop) eingeladen: Welche Potenziale sahen die Bürger? Gab es Erkenntnisse aus der Bevölkerung, die noch in die Bestandserhebung eingearbeitet werden sollen? Etwa 35 Bürger nahmen an dieser Veranstaltung teil. Über die Ergebnisse der Veranstaltung wurde erneut ausführlich in der lokalen Presse und im Gemeindeblatt berichtet.

Im Vorfeld zu dem zweiten Workshoptermin im April 2013, auf dem das Konzept und die geplanten Maßnahmen vorgestellt wurden, erfolgte erneut die Ansprache der Bürger über Presse und Gemeindeblatt. Der Gemeinderat intensivierte sein Bemühen um die Öffentlichkeitsbeteiligung und wirkte aktiv bei der Werbung, der persönlichen Einladung und Ansprache wichtiger Akteure/Multiplikatoren wie Vereine, Parteien und kommunale Energiegroßabnehmer (Hotel, Pfarrei, privater Immobiliengroßbesitzer) mit. Die Ziele des Workshops wurden klar formuliert. Es kamen diesmal ca. 65 Bürger, die wichtige Multiplikatoren darstellen. Auch hier erfolgte wieder eine zeitnahe Berichterstattung in den lokalen Medien. Die gesamte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erfolgte in enger Abstimmung der Bauverwaltung mit der FH Kufstein, um die inhaltliche Richtigkeit der Informationen zu gewährleisten. Eine finanzielle Förderung der Öffentlichkeitsarbeit erfolgte nicht.

Die Teilnehmer stellten fest: Auch wenn nur relativ wenige Bürger zu den Veranstaltungen kommen, so dienen diese oft als wichtige Multiplikatoren in der Gemeinde. Zudem könne eine geringe Nachfrage auch als Ausdruck der Zufriedenheit mit dem kommunalen Vorgehen interpretiert werden. Problematisch wurde gesehen, dass größtenteils nur Vertreter älterer (50+), jedoch kaum Vertreter der jüngeren Generationen an den Veranstaltungen teilnahmen. Die Beteiligungsbereitschaft erhöht sich aber erfahrungsgemäß, je konkreter die Maßnahmen werden und je mehr sie auf Widerstand stoßen.

### **Thema: Zielgruppen**

Einigkeit bestand darin, dass die Ansprache der Bevölkerung zielgruppenspezifisch und in einer verständlichen Sprache erfolgen soll – „weg vom Fachchinesisch“. Als wichtig wurde die Ansprache unterschiedlicher Alters- und Sozialgruppen gesehen. So können beispielsweise über die Umweltbeauftragten an Schulen auch Jugendliche erreicht werden. Zentrale Akteure und Multiplikatoren im Ort sollten persönlich angesprochen und eingeladen werden. Bei der Zielgruppenansprache sind unterschiedliche Kommunikationskanäle wie lokale Medien sowie das Internet zu empfehlen.

### **Thema: Veranstaltungsdesign**

Um zu verhindern, dass gerade große Veranstaltungen zum ENP auch als Plattform von Projektgegnern genutzt werden können, wurden von einigen Teilnehmern eine professionelle externe Moderation und eine fachlich exzellente Vorbereitung empfohlen. Redegewandte Befürworter sollten im Vorfeld gezielt angesprochen und als Statementgeber gewonnen werden. Bei der Vorbereitung sind neben externen Ingenieurbüros, die bei der ENP-Erstellung mitwirken, auch professionelle Moderatoren einzubinden. Es hat sich in der Praxis bewährt, darauf wies eine Kommune hin, alle Informationen für die Öffentlichkeit mit ihnen zu erarbeiten und abzustimmen.

Gerade Veranstaltungsformate für kleinere Gruppen, wie Workshops, bieten viel Gelegenheit zum Austausch. Mit ihnen kann die Kommune auch besser auf ortspezifische Situationen reagieren. Als zentral wurde die gute Bewerbung und Nachberichterstattung zu allen Veranstaltungen durch die Gemeinde angesehen, auch als Rückversicherung gegenüber späteren Kritikern.

### **Thema: Mitnahme der Bürger**

Als schwierig bezeichneten die Teilnehmer, die notwendige Kontinuität der Beteiligung in den Kommunen über einen längeren Zeitraum zu sichern. Kommunen brauchen hierzu einen langen Atem und aussagekräftige Beispiele (Leuchtturmprojekte in der eigenen Gemeinde und in Nachbargemeinden).

Der individuelle Nutzen für den Einzelnen muss klar herausgearbeitet werden. Fachleute und Protagonisten aus der Gemeinde selbst müssen dafür laufend Überzeugungsarbeit leisten. Über eine Schnittstelle zum Gemeinderat, so z. B. durch Gemeinderäte, die selbst an den Workshops teilnehmen, könnten die dort erarbeiteten Bürgerideen direkt in den Gemeinderat kommuniziert werden.

Es wurde beklagt, dass im Rahmen des ENPs das Thema Energiesparen häufig fast völlig in der öffentlichen Diskussion und in den Medien fehlt. Energiesparen müsse wieder stärker in das Bewusstsein der Bürger gelangen. Einige Teilnehmer schlugen vor, dass Gemeinden z. B. mit dem Energiemanagement ihrer eigenen Liegenschaften mit gutem Beispiel vorangehen könnten. Innovative Wege der Informationsvermittlung, z. B. durch Werbung, TV-Spots oder Product/Issue Placement in bayernweiten TV-Serien wären hier hilfreich. Hierin wurde auch eine Aufgabe des Freistaates gesehen.

### **Thema: Beteiligung bei Konflikten**

Einzelne Teilnehmer hatten bereits Erfahrungen mit konfliktreichen Beteiligungsprozessen. So steigen erfahrungsgemäß das Bürgerinteresse und auch die Widerstände, je konkreter die Umsetzung lokaler Maßnahmen wird. Die Gegnerschaft ist dabei oft gut organisiert und fachlich gut vorbereitet. Ein (Extrem-)Beispiel wurde genannt: Es gab in einem Fall eine massive Gegnerschaft bei der Umsetzung eines interkommunalen Windparks mit geplanten 52 Windrädern. Es wurde diskutiert, wie man sich als Gemeinde gegen solche durchsetzungsfähigen „Pressure Groups“ erfolgreich positioniert:

- Beteiligungsprozesse frühzeitig starten, sehr gut vorbereiten und professionell begleiten
- Enge Einbindung und Zusammenarbeit mit Fachleuten bei der Beteiligung
- Nicht gleich mit den umstrittensten Maßnahmen starten, sondern über einfache, eher vermittelbare, aber wirksame Maßnahmen überzeugen
- Professionelle Multiplikatoren und Mitstreiter gewinnen, die durch ihre Persönlichkeit und gute Argumente überzeugen können
- Über die finanzielle Beteiligung an Energiemaßnahmen die Bürger einbinden (Thema Energiegenossenschaft)

## 12 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte

### 12.1 Dr. Peter Wunsch



Projektmanager Innovations- und Technologiezentrum

Bayern Innovativ GmbH  
ITZB Innovations- und Technologiezentrum Bayern  
Gewerbemuseumsplatz 2  
90403 Nürnberg

Tel.: 0911-20671-621, Fax: -5621  
wunsch@bayern-innovativ.de  
www.itzb.de

**Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Aussagekräftige und nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

### 12.2 Zusammenfassung des Vortrags

Das Innovations- und Technologiezentrum Bayern (ITZB) gehört dem in Nürnberg und München ansässigen Haus der Forschung an und ist unter anderem der Projektträger für das Förderprogramm BayINVENT. Dahinter verbirgt sich die Förderung innovativer Energietechnologien und Energieeffizienz mit dem Programmschwerpunkt Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte. Zu diesen Themen wird montags bis freitags von 8 Uhr bis 18 Uhr unter der Service-Nummer 0800 0268724<sup>7</sup> eine Beratung angeboten.

#### **Bewilligungsvoraussetzungen für ein Energieeinsparkonzept und einen ENP**

Antragsberechtigt sind kommunale Gebietskörperschaften und Eigenbetriebe, Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit in Bayern sowie Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Bayern. Eine Voraussetzung ist, dass die Untersuchung sich auf Standorte in Bayern beschränken muss.

Bei dem Energieeinsparkonzept werden die Energieeinsparpotenziale in Liegenschaften, Einrichtungen und Betriebs- bzw. Produktionsstätten analysiert. Darauf aufbauend werden Möglichkeiten, deren Energiebedarf zu verringern und/oder aus erneuerbaren Energien zu decken, aufgezeigt. Ein Beispiel für ein Energieeinsparkonzept ist demnach, wenn eine Kommune wissen möchte, inwieweit eine energetische Sanierung des Rathauses sinnvoll ist. Die Bewilligungsvoraussetzungen bei dem Energieeinsparkonzept sind, dass die Untersuchung Grundlage für anstehende Investitionsentscheidungen ist und die Thematik Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Nutzung regenerativer Energien umfassen soll. Die Ergebnisse sollen konkrete Realisierungsvorschläge sein und dabei auf die energietechnische Dimensionierung und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen Bezug nehmen.

---

<sup>7</sup> Kostenfrei aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Anrufe aus Mobilfunknetzen sind möglich.

Der ENP ist ein informelles räumliches Planungsinstrument für eine oder mehrere Gemeinden und bietet die Basis für eine Koordination von Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf regenerative Energieträger. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden. Der Untersuchungsumfang muss sowohl kommunale als auch private Liegenschaften, Einrichtungen oder Betriebsstätten beinhalten. Damit letztendlich wirklich Maßnahmen in die Umsetzung gebracht werden, muss das Ergebnis des ENPs für ausgewählte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung enthalten.

Bei einem ENP ist eine interkommunale Herangehensweise besonders erwünscht. Dabei kann, nachdem ein überregionaler ENP erstellt wurde, ein weiterer, detailschärferer ENP gefördert werden, der beispielsweise auf einen Teilbereich einer Kommune abzielt.

### Art und Höhe der Förderung

Die Förderung besteht aus einer Anteilfinanzierung in Form eines einmaligen Zuschusses für die Kosten der Studie. Die Erstellung von Energieeinsparkonzepten wird mit bis zu 50 % für kommunale Gebietskörperschaften und Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit, mit bis zu 40 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die KMU sind, und mit bis zu 30 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die keine KMU sind, gefördert. Die Förderhöchstsumme beträgt 50.000 €. Die Erstellung von ENPs wird dagegen mit bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften gefördert.

### Antragsverfahren und Vorgehensweise

Bei einem Antrag auf Förderung sowohl bei einem Energieeinsparkonzept als auch bei einem ENP müssen mindestens drei vergleichbare, qualitativ hochwertige und unabhängige Angebote eingeholt werden. Dabei sollte auch auf die Referenzen der Angebotssteller sowie auf Erfahrungen aus Nachbargemeinden geachtet werden. Zu einem Energieeinsparkonzept gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Ist-Zustandes, die Konzeptentwicklung mit verschiedenen Varianten, die Leistungs- und Energiebilanz der Varianten, ein Wirtschaftlichkeitsvergleich, eine Analyse der Einsparung an Primärenergie und Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen. Zu einem ENP gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Istzustands (Energiebedarf/Energieinfrastruktur in verschiedenen Sektoren), die Potenzialerhebung, eine Konzeptentwicklung mit verschiedenen Szenarien, ein Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsvergleich der Szenarien, eine Analyse zur Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen.



Abb. 25: Dr. Peter Wunsch während des Vortrags.

Für Unternehmen mit wirtschaftlicher Tätigkeit erfolgt die Antragstellung nach Rücksprache beim Projektträger über das elektronische Antragsverfahren (ELAN) des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Für alle weiteren Antragsteller ist der Antrag auf Förderung mit einem Formblatt (Muster 1a zu Art. 44 BayHO) mit Anlagen bei dem ITZB Nürnberg einzureichen.

Die Bewilligung erfolgt nach Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, wobei kein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht.

### Bemerkungen zu der Förderpraxis

Es werden weder Eigenleistungen der Kommune noch „Vergangenheitsbetrachtungen“ gefördert. Es gibt zudem keine Förderung des bürgerlichen Engagements. Dies bedeutet, dass zwar eine Beteiligung von Akteuren, also beispielsweise Vertretern von Bürgerinitiativen und Unternehmen, sowie eine Abschlusspräsentation gefördert werden, nicht jedoch die ständige Einbindung eines jeden Bürgers.

Politische bzw. sozialkritische Betrachtungen werden ebenfalls nicht gefördert, anstelle dessen sollen technische Maßnahmenempfehlungen gegeben werden, wobei immer der Stand der Technik beachtet werden soll. Die Erstellung eines Energiepasses bzw. EnEV-Nachweises fällt ebenso wenig unter die Förderung wie Betrachtungen zur Energieautarkie oder eine „singuläre technische Detailplanung“, d.h. wenn beispielsweise schon klar ist, dass an einem bestimmten Ort ein Windpark gebaut werden soll und dafür eine Detailplanung benötigt wird.

Ein wichtiger letzter Hinweis ist, dass die Vergabe der Untersuchung erst nach Erlass des Bewilligungsbescheides erfolgen darf.

### Fragen aus dem Plenum und dazugehörige Antworten

Frage: Was muss eine Gemeinde bei dem Einholen der Angebote zur Aufstellung eines ENPs beachten?

Antwort: Es müssen drei Angebote eingeholt werden, zu achten ist auf gute Referenzen. Die Anbieter sollen nicht die spätere Projektumsetzung durchführen, um Unabhängigkeit bei der Erstellung des ENPs zu gewährleisten. Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen müssen im ENP als Umsetzungsvoraussetzung enthalten sein.

Frage: Ob alle Anforderungen des Fördermittelgebers erfüllt sind, erweist sich u.U. erst nach Erstellung des ENPs. Wie kann die Kommune hier Sicherheit erlangen? Was geschieht, wenn bei der Erstellung Daten, Informationen u.a. fehlen?

Antwort: Nicht alles ist vorhersehbar. Wir fördern im Vorfeld. 80% der Anträge sind stimmig, bei 20% besprechen wir wichtige Punkte mit den Antragstellern. Wichtig ist es, gute Angebote erfahrener Büros einzuholen.

## 13 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte

### 13.1 Susanne Lehner



Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern  
Infanteriestraße 1  
80797 München

089 1213-1335  
susanne.lehner@ale-ob.bayern.de  
www.ale-oberbayern.bayern.de

#### Die Erstellung eines EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Durch ein EK erhalten die Bürger einen Bezug zu ihrer aktuellen Energiesituation der Gemeinde. Es entsteht ein Bewusstsein für die Chancen und Herausforderungen einer örtlichen Energieversorgung und es werden den Bürgern die vielfältigen Versorgungsmöglichkeiten in der Zukunft aufgezeigt.

**Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Nur eine frühzeitige Einbindung der Bürger ermöglicht eine Identifikation mit den Zielen des EKs und ist die Voraussetzung für das bürgerliche Engagement bei der Umsetzung des Konzeptes.

### **13.2 Zusammenfassung des Vortrags**

„Ländliche Entwicklung“ im weitesten Sinn bezeichnet alle Fortschritte und Veränderungen im ländlichen Raum, also in Gebieten abseits von Ballungszentren, in denen der Agrarsektor das Erscheinungsbild dominiert. Zur Stärkung des ländlichen Raums bietet das Bayerische Landwirtschaftsministerium mit seinen sieben Ämtern der Ländlichen Entwicklung einige Instrumente wie die Flurneueordnung, die Dorferneuerung und die Integrierte Ländliche Entwicklung. Diese Instrumente eignen sich auch zur Unterstützung für die Umsetzung der Energiewende.

Die Ländliche Entwicklung hat im Bereich der Energiewende das Ziel, örtlich abgestimmte Energieprojekte zu ermitteln und diese in die Realisierungsphase zu begleiten. Zielgruppe sind dabei ländlich strukturierte Gemeinden, die bereits mit der Ländlichen Entwicklung zusammenarbeiten. Wichtig hierbei ist, dass die Konzepte in enger Zusammenarbeit/Kooperation der örtlichen Akteure entwickelt und durchgeführt werden.

Die Ländliche Entwicklung ist aufgrund ihrer Erfahrungen im ländlichen Raum, ihrer Vernetzung mit anderen Behörden, ihrer Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsansätzen und nachhaltigen Instrumente idealer Partner für die Belange der Kommunen hinsichtlich des Themas Energie.

Die Ämter für Ländliche Entwicklung können EKs auf drei verschiedenen Ebenen fördern. Zum einen besteht finanzielle Unterstützung im Rahmen der Dorferneuerung und im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung. Das in 2012 ausgerufene Sonderprogramm „100 bilanziell weitgehend energieneutrale Kommunen“ ist ein zeitlich befristetes Programm mit jeweils mindestens 14 zu vergebenden EKs, in dem die zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits aufgebraucht sind. Im Rahmen der Dorferneuerung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung können aber noch EKs gefördert werden. Um allerdings in den Genuss einer Förderung zu kommen, sind folgende Voraussetzungen notwendig. Das Konzept muss die gesamte Gemeinde umfassend (bei Gemeindekonzepten) und die Bürger müssen informiert und intensiv beteiligt werden (z. B. über Arbeitskreise, Foren, Aktionen etc.). Zudem müssen mindestens drei Angebote von Planungsbüros eingeholt werden und es soll eine ganzheitliche Betrachtung des Themas erfolgen – so sollen Querbezüge zu Themen wie Innenentwicklung und Landnutzung hergestellt werden. Um während der Erarbeitung bzw. nach Fertigstellung der EKs Gemeinden im Hinblick auf Umsetzungsmaßnahmen betreuen zu können, kann in Gemeinden mit einem von dem Amt für Ländliche Entwicklung geförderten EK eine Prozessbegleitung gefördert werden.

Nicht nur finanziell, sondern auch personell stehen die Ämter für Ländliche Entwicklung mit ihren Fachberatern den Kommunen zur Verfügung. Die Unterstützung reicht während der Konzepterstellung von der Erstberatung, den Hilfestellungen bei dem Vergleich der Angebote und der Auswahl der Planungsbüros bis hin zur Beachtung der Querbezüge innerhalb der Kommune, wie Innenentwicklung, Mobilität, Gebäudemanagement und Landnutzung. In der Umsetzungsphase werden dann Erfahrungsaustausche, Informationsabende und Exkursionen zu Referenzanlagen von den Fachberatern für Energie an ihrem Amt für Ländliche Entwicklung organisiert. Bei der Durchführung der Projektvorschläge aus dem EK werden die einzelnen Maßnahmen aufeinander abgestimmt und in Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung integriert, was neben der Förderberatung zu weiteren Kostenersparnissen der Kommune führt. Dass die Ländliche Entwicklung mit den an die Bedürfnisse der Kommunen ausgerichteten EKs einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung der vorgeschlagenen, energetischen Maßnahmen des Konzeptes leisten kann, liegt zum einen an der personellen Betreuung und zum anderen

an der Beteiligung der Bürger und lokalen Akteure, die in alle Phasen der Konzepterstellung einbezogen werden. Dies stärkt die Akzeptanz der anzugehenden Maßnahmen vor Ort und sorgt durch die Initiierung von Arbeitskreisen bereits während der Konzepterstellung für eine spätere Entlastung der Kommunalverwaltung. Die Betreuung der EKs wird von den Gemeinden sehr geschätzt. Diese sind oftmals personell unterbesetzt, können sich daher aus zeitlichen Gründen nicht einem zusätzlichen Thema widmen oder verfügen noch über keine Erfahrungen im Energiesektor.

Die Nachhaltigkeit des Konzeptes ist ein wichtiger Aspekt. So wird den Gemeinden empfohlen, sich stetig mit dem Thema zu beschäftigen, sozusagen am (Energie-)Ball zu bleiben, z. B. durch regelmäßige Projektumsetzungen, Etablierung von Strukturen (Energiebeauftragter, Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit) und gegebenenfalls externer Unterstützung von Außen.

Aus dem EK heraus sollen sich Maßnahmen ergeben, die idealerweise von der Ländlichen Entwicklung mit ihren Instrumenten unterstützt bzw. weiter begleitet werden können. So kann im Rahmen des EKs ein Anreiz zu Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden, die unter Umständen im Falle eines Dorferneuerungsverfahrens finanziell gefördert werden. Auch die Verlegung von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen der Dorferneuerung (Straßen-, Kanalsanierung) ist sinnvoll und kann Kostenersparnisse mit sich bringen. Durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung im Rahmen einer Waldneuordnung können Holzreserven aktiviert und vervielfacht werden. Auch eine Flurneuordnung kann die Energiewende positiv unterstützen, in dem durch Flächenzusammenlegungen und Flächenneuordnung z. B. die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen erst ermöglicht wird.

Die Förderung über die Ländliche Entwicklung unterscheidet sich somit in mancher Hinsicht von der gewohnten Förderung „nach engen Richtlinien“ anderer Förderstellen (siehe die vielfältigen Möglichkeiten, die sich durch die personelle Vor-Ort-Betreuung während der unterschiedlichen Phasen eines EKs ergeben). Hier steht im Mittelpunkt, zusammen mit den Aktiven vor Ort den ländlichen Gemeinden Bayerns und ihren Bürgern ein tragfähiges Zukunftskonzept, einen Plan für ein konkretes Projekt oder Teilgebiet hervorzubringen, zu konkretisieren und letztlich zu realisieren. Wenn dafür die Chancen gut stehen, können die Fachberater bis zu der Realisierung der Maßnahmen mit Rat, mit Tat und finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

### **Exkurs:**

**Flurneuordnung** (früher Flurbereinigung) – dahinter steckt die Idee, dass man landwirtschaftliche Flächen zur effizienteren Nutzung entsprechend zusammenlegt, einen historisch gewachsenen Fleckerlteppich von Nutzungen und Eigentumsverhältnissen sozusagen auflöst und neu verteilt. Diese neuen Flächen werden dabei durch ausgebaute Wege erschlossen und Hochwasserschutzmaßnahmen berücksichtigt, wobei ökologisch wertvolle Lebensräume erhalten oder geschaffen werden. Die damit verbundenen Kosten werden bezuschusst. Das Amt für Ländliche Entwicklung leitet eine Flurbereinigung ein und bestimmt damit, welches Gebiet der Neuordnung zugehörig ist. So entsteht eine Teilnehmergeinschaft, die die Interessen der Teilnehmer formuliert, wobei diese oft nicht einfach zu ermitteln ist. Oft sind viele Besprechungen nötig, um die Einzelmeinungen zusammenzubringen. Dieser Meinungsfindungsprozess ist ganz identisch mit der Bürgerbeteiligung, die heute auch in vielen Energieprojekten erfolgt. Flurneuordnung wird heute nicht nur für landwirtschaftliche, sondern genauso gut für energiewirtschaftliche Belange eingesetzt, z. B. für die Flächenerschließung bei Windparks, Grundstückszusammenlegung für Photovoltaik-Freiflächen, oder zur Verwirklichung umfangreicher Wasserkraftwerkspläne.

**Dorferneuerung** ist das zweite Instrument der Ländlichen Entwicklung. In mancher Hinsicht der Flurneuordnung ähnlich, läuft die Dorferneuerung aber auf überwiegend bebauten innerdörflichen Flächen ab. Ein neuer Dorfplatz, eine geänderte Ortsdurchfahrt, abgestimmte neue Fassaden, der Bau eines Bürgerhauses oder eines Dorfladens..., all das sind klassische Förderbeispiele. Gerade in der Dorfer-

neuerung ist Bürgerbeteiligung von Anfang an die Grundlage des Verfahrens. Oft werden dabei aus der Bürgerschaft heraus Ideen entwickelt, auf die wohl kein außenstehender Ortsplaner so leicht gekommen wäre. Im Rahmen einer solchen Dorferneuerung wurde z. B. in Aiterhofen der Aufbau eines Nahwärmenetzes gefördert. Sechs teils öffentliche, teils private Gebäude werden dabei von einer zentralen 320 kW Hackschnitzelanlage mit Heizwärme versorgt.

„**Integrierte Ländliche Entwicklung**“ (ILE) heißt die dritte wichtige Maßnahme der Ländlichen Entwicklung. Eine ILE ist ein Kooperationszusammenschluss mehrerer benachbarter Kommunen. Auch hier wird ein gemeinsames ILE-Konzept erarbeitet, werden Themenfelder bestimmt, in denen gemeinsame Ziele durch enge Kooperation zwischen den Gemeinden erreicht werden sollen. Auch „Energie“ ist in der Regel ein solches Handlungsfeld. Als Langfriststrategie ist die interkommunale Zusammenarbeit für benachbarte Gemeinden sicher sehr empfehlenswert. Besonders im Energiesektor sind einige der zukünftigen Herausforderungen zu groß für kleine ländliche Kommunen im Alleingang.

## 14 Resümee<sup>8</sup>

Die Veranstaltungsreihe hat es geschafft, die Themen ENP und EK aus vielen unterschiedlichen Richtungen zu beleuchten. Die intensiven Diskussionen an den Thementischen haben dabei gezeigt, dass es einen enormen Bedarf gibt, praxisnahe Informationen zu vermitteln, aber auch diskursiv unterschiedliche Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Ein großer Dank gilt daher allen an der Veranstaltungsreihe Beteiligten, d. h. den Organisatoren, Kooperationspartnern und Referenten, aber auch Ihnen, den Teilnehmern, die sich die Zeit genommen haben, sich über diese wichtigen Themen zu informieren und auszutauschen.

Von allen Ergebnissen fielen einige besonders auf. So darf die Erstellung eines ENPs oder EKs keine einmalige Aktion, also ein Strohfeuer sein, sondern muss langfristig in der Gemeindeverwaltung verankert werden. Dazu bedarf es des politischen Rückhalts durch Bürgermeister und Gemeinderat, aber auch der Wertschätzung der sogenannten „Kümmerer“, die sich dieser neuen Aufgabe annehmen. Die Einbeziehung und Beteiligung der Bürger und Unternehmen vor Ort ist allein aus Akzeptanzgründen unerlässlich. Es wurde zudem wiederholt der Wunsch nach einem regionalen Informations- und Erfahrungsaustausch zu den Themen der Energiewende geäußert. Dieser Wunsch ist gerechtfertigt, da die praktischen Erfahrungen anderer genutzt werden müssen, um – angesichts der knappen Personal- und Finanzressourcen – die Energiewende effizient voranzubringen. Hierbei könnten beispielsweise die Regierungen mit ihren Energiewendebeauftragten, aber auch die Landkreise eine koordinierende Rolle übernehmen. Durch alle Veranstaltungen zog sich wie ein roter Faden die dringende Forderung nach stabileren, politischen Rahmenbedingungen. Ohne diese kann die Energiewende nicht gelingen.

Noch eine Bitte zum Schluss. Vergessen Sie, die Entscheidungsträger und Verwaltungsmitarbeiter vor Ort, nicht, dass Sie als Multiplikator eine entscheidende Rolle im Rahmen der Energiewende spielen. Die Politik setzt dafür die Rahmenbedingungen, umgesetzt wird die Energiewende jedoch vor Ort, bei Ihnen daheim, am besten zusammen mit anderen Kommunen. Mit Ihrem Engagement im Bereich des Energiesparens, der Steigerung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien sind Sie bereits auf dem richtigen Weg oder begeben sich auf diesen. Dafür benötigt man aber Geduld und einen langen Atem, d.h. man muss länger als in den politischen Vier-Jahres-Einheiten denken. Denn bei diesem Thema geht es nicht nur um die nahe Zukunft, sondern vor allem auch um die Zukunft un-

---

<sup>8</sup> Das Resümee gibt nicht das Fazit am Ende der Veranstaltung vor Ort wieder. Es beinhaltet vielmehr übereinstimmende Ergebnisse aller Veranstaltungen. Dies erscheint an dieser Stelle zweckmäßiger, da Doppelungen vermieden und allen Teilnehmern derart ein erster Überblick (die Gesamtdokumentation wird Mitte März 2014 erstellt sein) zu den wesentlichen Punkten der anderen Regionalveranstaltungen ermöglicht wird.

serer Kinder und Enkelkinder. Deswegen geben Sie Ihre Erfahrungen wertneutral an ihre Bürgermeisterkollegen weiter, die sich noch nicht auf diesen Weg gemacht haben und verlieren sie nicht den Mut, sich angesichts ändernder Rahmenbedingungen weiterhin für dieses wichtige Thema einzusetzen.

In diesem Sinne: Seien Sie „Kümmerer“, von dem alle sprechen, motivieren Sie andere zum Mitmachen und bleiben Sie am (Energie-)Ball!